

Der Ausgabe B liegen heute die „Rochbrunnengeister“ bei.

Wiesbadener Neueste Nachrichten

Wiesbadener General-Anzeiger

Nuringen, Bredenheim, Hirsheim, Frauenstein, Maffenheim, Medenbach



Ämtliches Organ der Gemeinden

Naurod, Nordenstadt, Rambah, Schierstein, Sonnenberg, Wallau u. a.

Bezugspreis: Durch unsere Trägerinnen und Vertretungen: Ausgabe A: 60 Pfg. monatlich, 1.80 Mark vierteljährlich; Ausgabe B: 80 Pfg. monatlich, 2.40 Mark vierteljährlich. (Postgebühren monatlich 10 Pfg.) Durch die Post: Ausgabe A: 70 Pfg. monatlich, 2.10 Mark vierteljährlich; Ausgabe B: 90 Pfg. monatlich, 2.70 Mark vierteljährlich (ohne Postgebühren). Die Wiesbadener Neuesten Nachrichten erscheinen täglich mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren Raum aus Stadtbezirk Wiesbaden 20 Pfg., aus Deutschland 30 Pfg., aus dem Auslande 40 Pfg. Im Reklameteil: Die Zeile aus Stadtbezirk Wiesbaden 1 M., von auswärts 1.50 M. Bei Wiederholungen Nachschlag nach auflegendem Tarif. Für Plakatschriften übernehmen wir keine Bürgschaft. Bei zwangswiseiger Beibehaltung der Anzeigengebühren durch Klage, bei Konkursverfahren wird der bewilligte Nachschlag hinfällig.

Verlag, Hauptgeschäftsstelle und Redaktion: Nicolassstraße 11. — Fernsprecher: Verlag Nr. 819, Redaktion Nr. 133, Geschäftsstelle Nr. 199, Filiale (Mauritiusstr. 12) Nr. 809.

Sehr Abnehmer der Wiesbadener Neuesten Nachrichten (Ausgabe A) ist mit 500 Mark gegen Tod durch Unfall, jeder Abonnent der Wiesbadener Neuesten Nachrichten, der auch die humoristische Wochenbelle „Rochbrunnengeister“ (Ausgabe B) bezieht, insgesamt mit 1000 Mark auf den Todes- und Ganz-Jahresfall infolge Unfall bei der Rückversicherungs-Versicherung. Bei den Abonnenten der „Rochbrunnengeister“ gilt, soweit dieselben versichert sind, unter den gleichen Bedingungen auch die Lebensversicherung, so daß, wenn Mann und Frau unglücklich sollten, je 1000 Mark, insgesamt also 2000 Mark zur Auszahlung gelangen. Jeder Unfall ist binnen einer Woche der Rückversicherungs-Versicherung anzuzeigen, der Bericht hat sich innerhalb 24 Stunden nach dem Unfall in ärztliche Behandlung zu begeben. Todesfälle müssen sofort, spätestens aber innerhalb 48 Stunden nach dem Eintritt zur Anmeldung gebracht werden. Ueber die Voraussetzungen der Versicherung geben die Versicherungsbedingungen Ausschluß.

Nr. 67

Freitag, 20. März 1914

29. Jahrgang.

Die Finanzlage der Stadt Wiesbaden ist gut und gesund.

Große Etatsrede des Oberbürgermeisters Glässing. — Ein 23½ Millionen-Etat. — Erfreuliche Wirkungen des „Generalpardons“. — Verteidigung der Hundertprozentpolitik. — Wiesbaden vernachlässigt seine Aufgaben nicht.

In der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung vom gestrigen Donnerstag hielt Herr Oberbürgermeister Glässing eine großartige Rede zur Einleitung der Etatsberatung. In der er die Tätigkeit der Stadtverwaltung während der letzten vier Jahre wirkungsvoll darstellte. Sehr interessant war die Verteidigung der vorläufigen Beibehaltung des Hundertprozentigen Zuschlages zur Staatsinkommensteuer, welche niedrigen Zahl außer Berlin nur noch Wiesbaden sich leisten kann. Selbstverständlich darf die Hundertprozentpolitik nicht zum Dogma werden; man kann es aber nicht leugnen, daß sie (solange sie nicht ein zu scharfes Anspannen anderer Steuerquellen nötig macht oder nur durch eine Vernachlässigung wichtiger kommunaler Aufgaben zu halten ist) das stärkste Kuriermittel für den Zustand steuerkräftiger Elemente ist. Der unverkündete Vorwurf eines Frankfurter Bürgermeisters in Bezug auf die Fortschrittlichen Volkspartei ins Leben gerufenen Gemeindevereinerung, daß Wiesbaden an Gemeindefunktionen verliere, weil es zu Gunsten seiner Hundertprozentpolitik die wichtigsten Aufgaben bei Seite schiebe und andere Steuerquellen erdrückend belaste, wurde durch die Rede des Oberbürgermeisters überzeugend widerlegt. Aus dem Vorwurf des Frankfurter Magistratschefs sprach — so will uns scheinen — der Reich der beschlossenen Klasse. Wenn man in Frankfurt mit einem hundertprozentigen Zuschlag arbeiten könnte, würde er gewiß nichts gelast haben. So redete er darauf los, ohne die Wiesbadener Verhältnisse genügend zu kennen. — Im Hebräen verweisen wir unsere Leser auf die Rede des Oberbürgermeisters Glässing, die folgenden Wortlaut hatte:

Meine sehr geehrten Herren! Der Hauptvoranschlag für das Jahr 1914, den wir heute zu beraten haben, schließt in der ordentlichen Verwaltung in Einnahme und Ausgabe mit rund 13 Millionen Mark ab, in der außerordentlichen Verwaltung mit 3 805 825 Mark, insgesamt handelt es sich also um einen Etat von 16 805 825 Mark; es ist auch diesmal gelungen, das Budget ohne jede Steuererhöhung in Einnahme und Ausgabe auszugleichen.

Gleich zu Beginn meiner Ausführungen möchte ich darauf hinweisen, daß sich der Gesamtetat der Einnahmen und Ausgaben der Stadt eigentlich nicht — wie oben angegeben — auf nahezu 17 Millionen, sondern auf 23½ Millionen, also auf rund 6½ Millionen mehr bezieht; es erklärt sich diese auf den ersten Blick etwas eigenartig verändernde Erscheinung durch die Ihnen ja bekannte Tatsache, daß wir neben dem Hauptetat einen Etat der Zweigverwaltungen führen, der das Musikamt, die Wälder- und Kurverwaltung, das Verkehrsamt, die Musikverwaltung, die Schlachthofverwaltung und Viehhäuserverwaltung, ferner die Wasser- und Lichtwerke und die Krankenhausverwaltung umfaßt. Aus diesem Etat werden lediglich die Endergebnisse der einzelnen Verwaltungen, wie sie sich aus der Gegenüberstellung von Einnahmen und Ausgaben ergeben, in den Hauptetat übergeführt, nicht aber die Brutto-Einnahmen und Ausgaben, sodaß die Gesamtsummen der Einnahmen und Ausgaben dieser Zweigverwaltungen nicht im Hauptetat erscheinen, was dazu führt, daß die Gesamt-Einnahmen und Ausgaben der Stadt zu einem um 6½ Millionen verkürzten finanziellen Ausdruck gelangen. Wir werden in Zukunft die beiden genannten Etats vereinigen, damit die Gesamtübersicht der städtischen Verwaltung, die für die Gesamtheit der Einnahmen und Ausgaben von wesentlicher Bedeutung ist, zu einem klaren unverfälschten Ausdruck gelangt, schon des Vergleiches wegen mit den Verhältnissen anderer Städte.

Nach dieser die Art der Etatsstellung berührenden Bemerkung darf ich Sie wohl bitten, mir schon mit Rücksicht auf die neu eingetretenen Herren Stadtverordneten zu gestatten, daß ich unsere finanzielle Situation etwas ausführlicher auseinandersetze.

Wiesbadens Finanzlage.

Sie wissen, meine Herren, daß ich aus Anlaß einer Anfrage des Herrn Stadtverordneten Hartmann einmal die Vermutung ausgesprochen habe, daß bei Aufstellung des Etats für 1914 die Frage einer Einkommensteuer-Erhöhung in erreichbare Nähe trete. Diese Vermutung war nicht unrichtig; es ist auch nur — wie Ihnen die spätere Auseinandersetzung zeigen wird — unter äußerster Sparsamkeit und unter Verzicht auf manche an sich sehr berechtigte Wünsche gelungen, mit 100 Prozent Einkommensteuer anzukommen. Eine künstliche, von dem Magistrat nicht vorausgesehene Situation erfährt aber vielleicht der Etat durch die Wirkungen des Generalpardons bei dem Mehrsteuererfolg; es hat den Anschein, als ob hier nicht unansehnliche Mehrbeträge an Einkommensteuer sich zur Verfügung stellen wollten, die uns gerade jetzt sehr willkommen sein werden. Eine bestimmte Auskunft über diese Mehr-Erträge kann

leider heute noch nicht gegeben werden; das Budget ist ohne Rücksicht auf diese Beträge aufgestellt; die Stadtverordnetenversammlung wird sich also — wenn sich die gehegten Erwartungen erfüllen sollten — erst später mit einer Vorlage des Magistrats über die Verwendung dieser Beträge zu beschäftigen haben.

500 000 Mark Mehrbedarf gegen das Vorjahr.

Bei Beginn der Etatsaufstellung stellte sich der gesamte von den einzelnen Ressorts verlangte Mehrbedarf gegen das Vorjahr auf 777 000 Mark; es sind hiervon vom Magistrat als nicht unbedingt nötig und verschleierbar Forderungen im Betrage von 277 000 Mark gestrichen und der Mehrbedarf hiernach auf rund 500 000 Mark festgesetzt worden. Hier von fallen allein 210 000 Mark auf persönliche Kosten, an denen Sie nichts ändern können; ferner 122 800 Mark auf Minder-Einnahmen gegenüber dem Vorjahr, die gedeckt beim Erletzt werden mußten, und nur 167 200 Mark auf sachliche Kosten.

Das Mehr an persönlichen Kosten setzt sich zusammen aus 36 000 Mark Befoldungsmehr infolge Aufrückens in höhere Gehaltsklassen, 5000 Mark Pensionen, 21 000 Mark für Angehörtenversicherung, auf 82 000 Mark Mehr für Befoldungen der Lehrer, ferner auf eine vom Magistrat vorgeschlagene Pöcherhöhung der Arbeiter im Betrage von 30 000 Mark auf ein Mehr an Arbeiterpensionen von 10 000 Mark und an Familienzulagen für Arbeiter von 20 000 Mark. An diesen Beträgen ist nichts zu streichen und nichts zu ändern, ebensowenig wie an den

Mindereinnahmen von 122 800 Mark.

für die Ersatz gesucht werden mußte, und die sich zusammensetzen aus 22 600 Mark Mindereinnahmen für Klasse, aus einer Mindereinnahme an Schankkonzessionssteuer infolge einer von der Stadtverordnetenversammlung verlangten Reform der Steuer im Betrage von 20 000 Mark und aus 6500 Mark Mindereinnahme aus den W einhergen, hinzu kommen als Verluste für den Hauptetat 16 300 Mark Pacht für Thermenwasser, die seit der Hauptverwaltung bekam und jetzt dem Kaiser Friedrich-Bad überlassen wurden, zur Bilanzierung seines Etats; ferner ein Verlust von 8000 Mark Pacht für das Paulinenschloßchen; die Kurverwaltung zahlte seitdem den Betrag von 60 000 Mark an die Hauptverwaltung, der vorläufig ermäßigt wurde auf 52 000 Mark mit Rücksicht auf die inzwischen vorgenommene Aufteilung des Geldes und Auscheidung eines Teiles desselben zum Zwecke des Verkaufs von Bauplänen; und schließlich tritt hinzu eine Mindereinnahme aus dem Ausgleichsfonds im Betrage von 50 000 Mark; dieser Betrag stand in diesem Jahre noch dem Hauptetat zu als vorläufiger teilweiser Ersatz für den Ausfall an Wasserrecht infolge Ermäßigung desselben; da ein dauernder Ersatz nicht zustande kam und dieser Ersatz für das kommende Jahr nicht wieder aus dem Ausgleichsfonds genommen werden kann, muß anderwette Deckung geschaffen werden.

Auch hiervon, meine Herren, wird die kritische Hand nichts zu ändern haben; es fehlt also nur noch die Begründung des Mehr an sachlichen Kosten im Gesamtbetrag von 167 200 Mark, die recht einfach ist. Da ist zunächst ein Mehr an Polizeikosten im Betrage von 13 600 Mark, das repräsentiert und als richtig befunden wurde; ein Mehr an Strafreinigungskosten, entsprechend der Zunahme an Straftaten, ein nicht vermeidbarer Mehrzuschuß an die Armenverwaltung von 11 000 Mark; ein Mehrzuschuß für gemeinnützige und wohltätige Zwecke von 12 200 Mark; ich erwähne hiervon nur die 4000 Mark Mehrzuschuß an das Arbeitsamt, der von der Stadtverordnetenversammlung bereits beschlossen ist, 3100 Mark Mehrzuschuß an den Verein für Erziehung bedürftiger Schulkinder und andere kleinere, hier nicht weiter bemerkenswerte Steigerungen; 3300 Mark Mehrzuschuß erhalten die einzelnen Abteilungen der Museen, die damit recht kriegsmäßig behandelt werden, was aber mit Rücksicht auf die derzeitigen äußerst beschränkten Räumlichkeiten eine gewisse Rechtfertigung findet; 10 000 Mark Mehraufwand erfordern die Ferienkonzertgänge der Kinder; 3000 Mark mehr die Schülergärten und nur 13 000 Mark mehr die sonstigen sachlichen Kosten unserer gesamten Schulen, Unfall- und Krankenversicherung, Veteranenpensionen und eine Menge kleiner Mehraufgaben, die sämtlich vom Finanzamt geprüft und genehmigt sind, stellen noch eine Gesamt-Mehrforderung von 36 000 Mark dar, während schließlich noch 50 000 Mark mehr eingestrichelt werden mußten für das von der Stadt zur Strafreinigung und Straßensäuberung usw. verbrauchte Wasser, das in Zukunft dem Wasserverwerk verkauft werden soll.

Wenn Sie diese Gesamt-Mehrforderungen und Mindereinnahmen überschauen, so wird Ihnen jetzt schon klar sein, daß weitere Streichungsversuche hier nicht angingen können; es wird Ihnen auch klar sein, daß der Magistrat sich in seinen Forderungen an das Budget auf das Notwendigste beschränkt hat.

Die Deckungsfrage.

Die Frage, wie diese 500 000 Mark Mehrforderungen bezug, Mindereinnahmen zu decken sind, ist ebenso kurz zu beantworten. Vor allem sind es hier die Wasser- und Lichtwerke, die einen Mehrbeitrag von 116 700 Mark gegenüber dem Vorjahr zur Verfügung stellen konnten; an Einkommensteuer wurden 50 000 Mark mehr eingestrichelt nach den Erfahrungen der Vorjahre (ohne Rücksicht auf die noch nicht bekannte Wirkung des Generalpardons), an Grundsteuer 20 000 Mark, an Luftschiffsteuer 15 000 Mark, an Hundesteuer 1800 Mark und an Schulgeld 12 300 Mark; dazu kommen noch 60 000 Mark für Millensteuer, die übrigens in der Form, wie sie von Magistrat und Stadtverordnetenversammlung vorgelegt wurde, nicht genehmigt wurde; es ist hier indes ein neuer Beitrag eingestrichelt mit Rücksicht auf eine neue Vorlage, die der Magistrat in aller Kürze der Stadtverordnetenversammlung zur Genehmigung vorlegen wird. Die eben genannten Mehreinnahmen betragen insgesamt 318 300 Mark, hinzu treten noch 181 700 Mark Ersparnisse an dauernden Ausgaben gegenüber dem Vorjahr und zwar 122 800 Mark für den Anleihe- und Tilgungsdienst, hauptsächlich infolge gänzlicher und damit wegfallender Tilgung der Anleihe von 1878; ferner 22 000 Mark Ersparnisse bei dem Beamtenpersonal der Bauverwaltung, 7000 Mark Weniger-Ausgaben bei den Straßensachen; 8700 Mark werden bei der Rechtsverbrennungsanlage gespart; und 22 000 Mark vermehrte Ausgabe bei den sonstigen Verwaltungen, auf die ich im einzelnen nicht zurückkommen will.

Also die oben erörterten 318 300 Mark Mehr-Einnahmen und die eben genannten Ersparnisse von 181 700 Mark laufender Ausgaben bilden den Ersatz der 500 000 Mark, die im Budget für 1914 als Mehr-Einnahmen gegen das Vorjahr oder zu ersetzende Ausfälle von Einnahmen zu decken waren.

Im einzelnen will ich noch darauf hinweisen, daß der vielleicht auffallende Meh-Zuschuß bei der Gartenverwaltung im wesentlichen hervorgerufen wurde durch die Lohn- und Familienzulagen und durch einen Flächenanwuchs; ich verweise nur auf die Abrecht-Dürer-Anlage, während die Steigerung bei der Armenverwaltung um 11 250 Mark ihre Begründung findet in einer kleinen Erhöhung des Verpflegungsbudgets des städtischen Krankenhauses, der erkrankte, daß das Krankenhaus mit dem selbstigen Bedürfniszuschuß von rund 256 000 Mark auszukommen in der Lage war. Bei der Schulverwaltung steigen die Einnahmen um 12 300 Mark und die Ausgaben um 110 459 Mark, sodaß der Bedürfniszuschuß im ganzen um rund 98 000 Mark gegen das Vorjahr wächst. Diese Mehraufwendungen sind entstanden durch den Ausbau der Mittelschule an der Blumenthalstraße und der Knaben-Volksschule an der Lorcherstraße; durch die Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht auf weibliche Handwerkslehrlinge und ungelernte Arbeiter, durch die Gehaltssteigerungen und die Beförderungen für neue Stellen an den beiden Logeen und der kaufmännischen Fortbildungsschule.

An den Pfaderrfonds und Schulbaufonds konnten nach dem Stande des Etats Zuweisungen leider nicht erfolgen, was sehr zu bedauern ist; ich komme auf diesen Punkt am Schluß meiner Ausführungen zurück. Das finanzielle Gewand, das dieser Etat zeigt, ist also nicht allzu dünn ausgefaltet; es zeigt, daß die Kasse der Väter der städtischen Verwaltung nicht allzu reichlich gefüllt ist und daß eben nur das unbedingt Notwendige Veranschlagt erfahren hat.

Im außerordentlichen Etat

Aus 3 197 000 Mark neue Anleihenmittel vorzusehen, darunter für Grundstücksverwertungen und Mehrzahlungen für bereits erworbene Grundstücke, 800 000 Mark, für Krankenhaus-Erweiterungen 250 000 Mark, für das Museum 1 500 000, für das Ensemble auf dem Hofplatz 400 000 Mark; ferner als erste Baurate für Erweiterung der Dekorationsmagazine des Hoftheaters 75 000 Mark; für das Straßeneinigungsdepot an der Vertramstraße 25 000 Mark, für Vorarbeiten zu einem Volksschwimmbad an derselben Straße 3000 Mark, für die Volksschule an der Lobnstraße 200 000 Mark 1. Baurate; für einen Erweiterungsbau für das Verkehrsbureau 40 000 Mark, für das Restaurationsgebäude an der Blumenwiese 30 000 Mark und die Volksschule an der Lehrstraße (Einrichtung von Zentralheizung) 49 000 Mark. Auf dem außerordentlichen Etat des Straßenausschusses stehen Umbauten in der Nicolassstraße, Wilhelms- und Taunusstraße, Bahnhofstraße, die wohl mit ganz kurzfristigen Anleihen durchgeführt werden; der bereits genehmigte Umbau der Sonnenberger Straße findet auf laufenden Mitteln Deckung, während noch Beratungen darüber schweben, ob und inwieweit es noch möglich sein wird — vielleicht aus den Mitteln des noch zu erwartenden Einkommensteuer-Mehrertrages — die Parkstraße in einen besseren Zustand zu versetzen. Im übrigen sind auf dem außerordentlichen Etat noch rund 300 000 Mark für Kanalisation vorgesehen. Alle diese Projekte unterliegen natürlich noch der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung.

lung; ich führe sie nur an, um zu zeigen, daß es immerhin möglich ist, auch in 1914 durch Vornahme dieser vom Magistrat für notwendig erkannten Arbeiten lohnende Arbeit- und Verdienste zu schaffen.

Das ist so in großen Zügen das, was ich zu dem Etat zu sagen hatte; Sie werden sich aus diesen kurzen Ausführungen schon überzeugen können, daß es dem Finanzausschuß nicht möglich war, Wesentliches an den Etatverordnungen des Magistrats zu ändern.

Es wird sich im Laufe der Diskussion nun zeigen, daß verschiedene Wünsche unberücksichtigt geblieben sind, auf deren Erfüllung einzelne der Herren Stadtverordneten großen Wert legen; Sie wissen Alle, daß es schwer ist, diesen Wünschen Rechnung zu tragen; sehen Sie sich unsere Steuern, Abgaben und Gebühren an, sowohl ihrer Höhe nach wie in ihrer Wirkung auf die von ihnen betroffenen Berufsklassen und die wirtschaftliche Lage dieser Stände, dann werden Sie mit mir der Meinung sein, daß zurzeit nur die Einkommensteuer in Frage kommen könnte, wenn neue Wünsche mit erhöhten Steuern befriedigt werden sollten. Der Magistrat hat nun diese Wünsche nicht für so dringend gehalten, um gerade in heutiger Zeit zu einer auch die Minderbemittelten und unter der Ungunst der Zeit schwer bedrückenden Erhöhung der Einkommensteuer zu schreiten, einmal mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage überhaupt, dann auch mit Rücksicht auf die Tatsache, daß gerade in diesem Jahre die Wehrsteuer und besonders in Wiesbaden außerordentliche Anforderungen an den Geldbeutel der Wohlhabenden stellt, die ohnedies — soweit sie selber mit ihren Steuerdeklarationen größere Zurückhaltung als notwendig gezeigt haben — neben der Wehrsteuer auch eine höhere Einkommensteuer zu entrichten haben; hierzu noch einmal eine Erhöhung der Einkommensteuer der Gemeinde aus treten zu lassen, das wäre nach Auffassung des Magistrats vielleicht das Guten etwas zu viel gewesen. Ob und inwiefern nun dieser infolge des Generalpardon eingehende höhere Einkommensteuerbetrag, der ja — wie ich schon an anderer Stelle sagte — im Budget noch nicht einkalkuliert ist, zur Erfüllung jener Wünsche verfügbar gemacht werden kann, lasse ich dahingestellt sein; wir werden uns später noch vollendeter Veranlassung ja darüber zu unterhalten haben; war nun möchte ich nur davor, allzu große Hoffnungen nach dieser Richtung hin zu hegen; mindestens muß ein Teil dieser Mehrbeträge in den Pflaster- und Schulbaufonds überführt werden, denn diese Fonds, die einmal in 1906 über Beträge von 330 000 bzw. 380 000 Mark verfügten, sind nach Abzug der für 1914 in das laufende Budget eingestellten Beträge auf 18 000 bzw. 12 000 Mark zusammengeschrumpft, also auf Beträge, die den gegebenen Bedürfnissen, besonders den in 1915 kommenden, gar nicht auszukommen vermögen. Auch wird man nicht umhin können — wenn es angeht —

die Lage der unteren Beamten zu verbessern,

für die eine Aufbesserung wirklich recht notwendig wäre, und damit einen Anfang zu machen, den in vieler Beziehung nicht unberechtigten Wünschen der Beamenschaft entgegenzukommen. Wir wollen nur hoffen, daß recht viele Steuerfahnder reuig zur Stadtkasse zurückkehren und uns damit in die Lage versetzen, wenigstens die eben erwähnten Zwecke zu erfüllen; ob darüber hinaus sich noch weitere Möglichkeiten ergeben werden, wage ich zurzeit nicht zu behaupten; Versprechungen kann ich auf diesem Gebiete überhaupt nicht machen, da die Höhe des zu erwartenden Mehrbetrages noch garnicht bekannt ist und deshalb auch ein Magistratsbeschuß noch nicht vorliegt.

Ob nun die verehrliche Stadtverordnetenversammlung die in der Einkommensteuerfrage geübte Taktik des Magistrats billigt, wird ja die heutige Diskussion ergeben; vorbeigehen kann man hierbei nicht an

drei Fragen,

die zu untersuchen und zu beantworten ja ebenso reizvoll ist wie wichtig für die zukünftige Politik der städtischen Verwaltung; ich möchte deshalb zunächst für die Vergangenheit die Frage stellen,

ob unter der Einkommensteuerpolitik der städtischen Verwaltung wichtige Aufgaben vernachlässigt worden sind,

ob als Folge dieser Politik eine übermäßige Ausspannung der übrigen Steuern, Abgaben und Gebühren eingetreten ist, und

ob etwa das Stillstehen der Bevölkerungsziffer, das wir leider in den letzten Jahren zu verzeichnen haben, mit unserer Steuerpolitik in irgend einem Zusammenhang steht.

Ich habe zur Prüfung dieser Fragen und zur Gewinnung einer klaren und einwandfreien Beurteilung eingehende Feststellungen machen lassen und belege diese Fragen nicht mit Nebenarten und Vermutungen, sondern mit nackten Ziffern und Zahlen, die vor jeder Kritik handhaben. Dabei gehe ich von dem Gedanken aus, daß

die 100 Prozent-Politik

mit Recht erhebliche Anzweiflungen erfuhr seit dem Jahre 1910, in dem mit dem Wegfall der Miete und anderer Einnahmen ein Ausfall von 1/2 Millionen Einnahmen entstand und bei dem stets wachsenden Verwaltungsbedarf sich die Bedenken mehrien, ob es richtig sei, an dieser Politik festzuhalten. Sehen wir uns die Tätigkeit unserer Verwaltung seit jenem Zeitraum an und machen wir dabei, wo es angeht, einen Vergleich gegenüber den früheren Jahren, dann werden wir von selbst die nötigen Schlüsse ziehen können. Zunächst einige wichtige und nicht uninteressante Daten über Hochbau, Kanalbau und Straßenbau. Schon

das Hochbauwesen

bietet ein interessantes Bild. Nehmen Sie die zehn Jahre vor dem kritischen Jahre 1910, also den Zeitraum von April 1900 bis April 1910, so gelangen Sie zu einer Gesamtausgabe für Hochbauten von 17 600 000 Mark oder auf eine durchschnittliche Jahresausgabe von 1 760 000 Mark. Dabei fallen in diesen 10jährigen Abschnitt die Erweiterungsbauten des Kgl. Theaters und der Neubauten des Kurhauses mit nahezu 6 Millionen, ferner für 3 Millionen Schulbauten und 2 1/2 Millionen Krankenhausbauten; ferner 1 1/2 Millionen für den Südstadthof, Schichtverbrennungsanlage und Schlachthofvermehrung. Seit dem 1. April 1910 bis Ende März 1913 beläuft sich die Gesamtausgabe für Hochbauten auf 6 1/2 Millionen, also auf einen Jahresdurchschnitt von 1 620 000 Mark, der also pro Jahr nur um 120 000 Mark zurückbleibt hinter dem Jahresdurchschnitt der Ausgaben jener vor 1910 liegenden 10-jährigen Bauperiode, in der ganz außergewöhnliche Bauten, wie das Kurhaus, aufgeführt wurden. Nimmt man aber das Jahr 1914 noch hinzu und die dort für Hochbauten vorgesehenen Ausgaben von 2 500 000 Mark (darunter 1 1/2

Milten für das Museum), so ergibt sich ein Jahresdurchschnitt von 1 800 000 Mark;

ich stelle also fest, daß die Bautätigkeit, soweit sie die Stadt angeht, sich nicht vermindert hat seit 1910, selbst nicht gegen den Durchschnitt jener durch besonders hervorragende Bauten ausgezeichneten Periode.

So haben wir seit April 1910 das Kaiser-Friedrich-Bad mit 2 1/2 Millionen Mark vollendet, wir haben für Krankenhausweiterbauten 600 000 Mark, für Schulbauten 900 000 Mark, für die Landesbibliothek 550 000 Mark und die Schlachthofvermehrung 300 000 Mark ausgegeben; im Ganzen betragen diese Ausgaben, für das 2 1/2 Millionen eingeleistet sind, ferner das Lyzeum, die Volksschule an der Lahnstraße, zwei Krankenhäuser mit Aufschlagsummen von rund 800 000, 400 000 bzw. 550 000 Mark. Im ganzen beträgt der Ausgabe-Etat des Hochbaubaus seit 1. April 1910 einschließlich des Voranschlags für 1914 rund 9 Millionen Mark, die sich verteilen auf Bauten für das Kur- und Bäderwesen mit 2 624 000 M., für Bildungsanstalten mit 4 280 000 M., für Krankenpflege mit 976 000 M., für andere Zwecke mit 1 180 000 M. Und das steht wirklich nicht darnach aus, als ob die städtische Verwaltung auf diesem für die Entwicklung der Stadt so wichtigen Gebiete des Hochbaues etwas vernachlässigt hätte. Zurückgestellt haben wir lediglich das Schwimmbad und die Kläranlage in vorläufiger Beachtung der Etatlage und der gewöhnlichen Meinung, daß es wertvoll ist, auch für später noch größere Arbeiten auf diesem Gebiete übrig zu haben. Dabei ist als ganz besonders erfreuliche Tatsache festzustellen, daß wir in den letzten 4 Jahren von den 830 000 M., die für Schulbauten ausgegeben wurden, 726 000 M. aus laufenden Mitteln, d. h. aus Ueberschüssen der Einnahmen konnten und nur 210 000 M. aus Anleihe zu nehmen brauchten.

Das Straßenbauwesen.

Und nun sehen wir uns einmal die Leistungen auf dem Gebiete des Straßenbaus an, die ja so wichtig sind für jede Stadt und für eine Stadt von dem Charakter Wiesbadens insbesondere. Auch auf diesem Gebiete, auf dem man übrigens niemals die Wünsche aller Befriedigen kann, ist im allgemeinen nur Befriedigendes zu berichten. In den Ausgaben für die Straßenpflege, ich meine für Unterhaltung, Reinigung und Sprengung der Straßen steht Wiesbaden unter den deutschen Großstädten an 6. Stelle; es sind für diesen Zweck in den letzten 4 Jahren über 2 Millionen ausgegeben worden, während die Straßenrenewierung von 1910 ab, wo sie 202 000 M. kostete, auf 684 000 M. in 1913 stieg, und insgesamt in diesen 4 Jahren über 1 1/2 Millionen Kosten verursachte; auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, liegen die Ausgaben für Straßenunterhaltung und Straßenrenewierung von 1910 mit 7 1/2 M. auf 11 1/2 M. in 1913. Auch gegenüber den Aufwendungen vor dem Jahre 1910 ist ein Rückgang nicht zu verzeichnen; zu beanstanden wäre höchstens, daß wir in letzter Zeit einen Teil der Straßenrenewierung durch Aufnahme einer laufenden Schuld oder kurzfristigen Anleihe bestritten. Das sollte eigentlich nicht sein; es sollten alle Straßenkosten aus laufenden Mitteln bestritten werden können; leider reizte die Dotierung des Straßenbaufonds hierzu nicht aus; deshalb griff man bezüglich eines Teils der Straßen zu einem Mittelweg zwischen Deckung aus laufenden Mitteln und Deckung als Anleihe; man wählte den Weg der Aufnahme einer auf kurze Zeit, höchstens 10 Jahre, bemessenen Schuld, die in jährlichen Raten aus den laufenden Mitteln zurückzubezahlen war. Uebrigens ist dieser Weg bis jetzt nicht in einem Umfange gewöhnt worden, der zu Bedenken Anlaß geben würde; es ist 1/4 der nötigen Summe auf dem Wege der kurzfristigen Anleihe, 3/4 sind durch laufende Mittel gedeckt worden. Auch

das Kanalbauamt

konnte mit Mitteln so ausgestattet werden, daß es in der Lage war, der natürlichen Entwicklung vollkommen zu folgen; das Kanalnetz hat sich in den letzten 4 Jahren in Wiesbaden und Sonnenberg zusammen um insgesamt 10 600 Meter erweitert; in der ordentlichen und außerordentlichen Verwaltung belaufen sich die Aufwendungen einschließlich der Sonnenberger Kanalisation auf 1 1/2 Mill. Mark. Der Ressortchef, Herr Magistrats-Baurat Frensch, hat selbst befundet, daß Einschränkungen in der Tätigkeit des Kanalbauamts aus Mangel an Mitteln nicht vorgekommen sind, daß lediglich der Bau einer neuen Abwässerungsanlage auf später zurückgestellt worden sei mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde, da die bestehende Kläranlage zurzeit noch ausreicht. Auch die Rücksicht auf Eingemeindungsverhandlungen spielte hierbei eine Rolle.

Gehen wir über zu unserm

Schulwesen.

Schon die eintägige Entwicklung der letzten 4 Jahre zeigt, daß hier von einem Stillstand keine Rede sein kann; die Bedürfnisse haben sich von 1910 mit rund 1 1/2 Millionen jährlicher Ausgabe auf 1 856 000 M. gesteigert, also um 356 000 M. mehr an jährlicher Ausgabe, während sich das Schulgeld in dem gleichen Zeitraum von 488 000 M. auf nur 503 000 M., also um nur 17 000 M. gesteigert hat. Die städtische Verwaltung schießt zu den Schulen in 1914 den Betrag von 1 353 000 M. zu; rechnen Sie hierzu noch die Zinsen der sich auf nahezu 9 Millionen belaufenden Schulbauten mit nur 4 Proz., so ergibt sich ein städtischer Zuschuß von rund 1 700 000 M. Im allgemeinen atmen die Verichte der Direktoren eine gewisse Zufriedenheit mit der Entwicklung, die ich mir bei der Voraussetzung einer vom Standpunkt des Ressortchefs begriffenen Zurückhaltung wohl in eine volle unrechnen darf. Jedenfalls hat der Magistrat gerade auf dem Gebiete des Schuletats Streichungen überhaupt nicht oder nur in geringem Maße vorgenommen; es wurde ihm allerdings hierbei eine vorläufige und stets gewissenhafte Vorarbeit geleistet von Herrn Stadtschulrat Müller, dessen mit dem Schlusse des Etatsjahres erfolgendes Ausscheiden aus dem Dienste der Stadt ich mit meinen Magistratskollegen auf das lebhafteste bedauere; ich glaube dem Herrn Stadtschulrat diese aufrichtiger Ueberzeugung hervorgegangene Anerkennung hier sehr zu danken.

Gehen wir über zu dem Gebiete der

Kunst und Wissenschaft,

zu den Theatern, zu den Museen, zu der Bibliothek; auch hier hat die Stadt in den letzten 4 Jahren nicht aufgehört, tätig zu sein; die Fertigstellung und Inangriffnahme von Lyzeum und Bibliothek mit einem Kostenaufwand von mindestens 3 1/2 Millionen legt Zeugnis ab für die Bereitwilligkeit der städtischen Verwaltung, das kulturelle Interesse nicht unter dem Kurinteresse leiden zu lassen. Man kann sich nur freuen, daß auf diesem Gebiete durch Bibliothek und Museum eine hervorragende Stütze für kulturelle Bestrebungen geschaffen wird, die bei verständiger Weiterentwicklung zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Die jährlichen Zuschüsse, die wir in den letzten Jahren diesen Bildungsanstalten gegeben haben, waren allerdings bescheiden; das wird sich aber ändern und hoffentlich auch mit Hilfe der Opferwilligkeit der Wohlhabenden und Reichen, die eingedenk sein sollen des Wortes, daß der Reichtum verpflichtend ist. Für das Kgl. Theater hatten wir stets eine offene Hand; die jährlichen Aufwendungen der Stadt haben sich nicht vermindert; sie betragen zurzeit 253 000 M. und werden sich nach Erbauung des von der Intendantur als

dringend bezeichneten Dekorationsmagazins noch erhöhen. Auch dem Residenz-Theater konnten wir unsere Gunst bezeugen durch Einrichtung von 20 000 Mark Zuschüssen, die hoffentlich — wenn auch vielleicht in anderer Form — zur dauernden Einrichtung werden.

Wenden wir uns nun zur

Kur- und Bäderverwaltung,

die ja das Recht hat, eine bedeutsame Stelle in meinen Ausführungen einzunehmen u. zu beanspruchen, daß ihnen volle Berücksichtigung zu teil wird. Nun ist meine, meine Herren, wenn ein Teil unserer Verwaltung sich nicht beklagen kann über die Fürsorge des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, dann ist es die Kur- und Bäderverwaltung; im Vordergrund des Interesses steht hier der Van des Kaiser-Friedrich-Bades mit einem Kostenaufwand von 2 1/2 Millionen Mark, das die städtische Verwaltung einen jährlichen Zuschuß von mindestens 75 000 M. kostet; die Begründung des Verkehrsbüros, das einen jährlichen Zuschuß von 73 000 M. erfordert; die Niederlegung der „alten Rose“, die der Kurverwaltung einen Jahresverlust von 13 000 M. brachte; die Finanzierung der Rennbahn mit 1 Million städtischem Geld und einem Jahreszuschuß von rund 30 000 M., die Unterstützung des Wiesbadener Golfclubs mit einem Baukostenzuschuß von 3500 Mark; die Eröffnung des Emanatoriums, das infolge eines für die Stadt günstigen Vertrages städtische Opfer nicht verlangt, die neu angelegte Trinkkur an der Adlerquelle, die vermehrten Anwendungen für sportliche Veranstaltungen, wie die mit großem Mißo verbundene Beteiligung der Stadt an dem Prinz-Deinrich-Ring; die Umgestaltung des Bäderbades, das eine Stütze bildet für das Verkehrsbüro, das mit wesentlich erhöhten Mitteln arbeitet — es wurden im laufenden Jahr allein nahezu 75 000 M. ausgegeben —, die qualitative und quantitative Verbesserung des Kurorchesters, das seit 1910 einen Mehrkostenaufwand von 33 000 M. erfordert und sich zu einem Kurorchester ausgebildet hat, auf das wir stolz sein können; das alles, meine Herren, bedeutet nichts weniger als Stillstand, sondern ein ganz außerordentliches Vorwärtsschreiten, das endlich einmal auch die rückhaltlose Anerkennung der interessierten Kreise finden dürfte. Dabei will ich von der Tatsache, daß der Straßenbau gerade die Kurstrassen in erster Linie bevorzugt und alle verfügbaren Mittel für sie bereit hält, noch gar nicht einmal sprechen. Jedenfalls hat die Finanzlage der Stadt nie Halt gemacht bei der Kurverwaltung. Die Stadt hat im Gegenteil, wie auch von dem verantwortlichen Ressortchef gern anerkannt wird, ganz Hervorragendes in finanziell ungünstigen Zeiten geleistet. Im übrigen kann man der Kurverwaltung nicht die Anerkennung versagen, daß sie sich außerordentlich Mühe gegeben hat, den Kurbetrieb auf voller Höhe zu halten und recht Gutes zu leisten, ebenso wie auch das Verkehrsbüro die ihm gestellte Aufgabe zu voller Zufriedenheit gelöst hat. Auf Einzelnes kann ich hier selbstverständlich nicht eingehen; die Erfolge sind natürlich nicht ausgeblieben.

die Fremdenfrequenz

wurde nicht nur behauptet, was angeht das Reich sich mehrenden Konkurrenz schon ein Erfolg gewesen wäre, sie liegt sogar auf 193 108 Personen und ergab somit gegen das Vorjahr ein Mehr von 2738 Fremden. Dabei ist es von ganz besonderem Werte, daß gerade die eigentlichen Kurgäste im Zunehmen begriffen sind; sie sind gegen das Vorjahr von 62 900 auf 65 131, also um 2231 Gäste gestiegen. Die Rennen scheinen nach dem Berichte des Rennclubs in günstiger Entwicklung begriffen zu sein und müssen überhaupt erst die Kinderstube ausgetreten haben, um gerecht gewürdigt zu werden. Das Gleiche gilt vom Kaiser-Friedrich-Bad, dessen Erfolge und Werte zurzeit überhaupt noch nicht beurteilt werden können. Kein Geschäftsman wird den Wert seines Geschäfts nach dem Ergebnis des ersten Betriebsjahres beurteilen oder verlangen, daß ihm schon das erste Jahr vollen Erfolg bringe. Dessen bin ich aber sicher, daß sich der Auftrieb nach der Meinung der bekannten medizinischen Autorität von Bekring ganz hervorragend ausgestatteten Heilfaktors verbreiten wird. Und dann wollen wir uns erst für berechtigt erachten, den Wert dieses mit so großen Opfern errichteten Bades zu beurteilen. Bedenken Sie auch, daß wir jährlich mit durchschnittlich 2 Proz. das angelegte Kapital tilgen, was natürlich den Reingewinn mit verhältnismäßig hilft. Selbstverständlich waren diese Erfolge auf dem Gebiete der Kur- und Bäderverwaltung nur möglich unter Heranziehung der Fremden zu den Kosten auf dem Wege der Kurtaxe, die voll und ganz dem Kurbetrieb zugute kommt und nur einen Teil der gesamten Kosten deckt. Aber auch in der Kurtaxe war der Magistrat stets entgegenkommend; er hat 1911 eine Reform vorgeschlagen, die gütig aufgenommen wurde und den gehegten Erwartungen vollkommen entspricht; er hat auch erst im Vorjahre die Vierwöchentaxe eingeführt und dabei wieder ca. 20 000 Mark als Verlust gebucht. Bis auf weiteres soll an der Kurtaxe nicht mehr gerüttelt werden; wir können nicht fortsetzen an dieser Taxe ändern und müssen vor allem schon deswegen hiervon Abstand nehmen, weil die Kurverwaltung selbst noch einen Mehrbetrag aus früheren Jahren zu beden hat.

Ich habe mich absichtlich etwas länger bei der Kurverwaltung als einem wichtigeren Zweige unserer Verwaltung aufgehalten, um jetzt etwas schneller Ihnen die Entwicklung der anderen Verwaltungen in den letzten 4 Jahren zu zeigen.

Armen- und Krankenhausverwaltung.

Zunächst zur Armenverwaltung und zum Krankenhaus. Den Bedürfnissen der Armenverwaltung ist von den städtischen Körperschaften stets Rechnung getragen worden; eine Entlastung dieser Verwaltung ist durch Wegzug armerreicher Familien bis zu einem gewissen Grade eingetreten; immerhin ist die Gesamtausgabe in den 4 letzten Jahren von 403 000 auf 440 000 M. gestiegen; auch die Privatwohltätigkeit, die hier durch nicht weniger als 73 Korporationen geleistet wird, leistet Außerordentliches für die Armen und Bedürftigen; leider habe ich trotz des Bestehens einer Enquete die tatsächlichen Leistungen nicht feststellen können, da ich nicht immer Bereitwilligkeit zur Auskunft vorfand. Das unser Krankenhaus ein Betrieb ist, der sich sehen lassen kann, wissen Sie; auch für diesen Faktor haben die städtischen Körperschaften immer eine offene und freigebige Hand gehabt; es ist nie geknauert worden; es sind für Bauten für Krankenpflege seit 1910 976 000 M. ausgegeben worden, während für 1914 als Restauswendung 250 000 M. für die letzten Pavillons zur Verfügung gestellt wurden; die gesamten Umbauten haben die städtische Verwaltung ca. 3 1/2 Millionen Mark gekostet, wovon 2 1/2 Millionen auf die Zeit vor 1910 fallen. Die seit 1910 entstandenen jährlichen Mehrkosten der laufenden Verwaltung betragen ein jährliches Mehr von 48 000 M., der Gesamtzuschuß in 1914 beträgt 257 700 M.; also auch hier, meine Herren, durchaus kein Stillstand, sondern ein tüchtiges Vorwärtsschreiten mit dem Endziele eines musterhaften Krankenhauses, dank der Opferwilligkeit der städtischen Körperschaften.

Verschiedene Verwaltungen.

Auch die Grundstücksverwaltung hatte nicht nötig, untätig zu sein in den letzten 4 Jahren; sie hat in diesem Zeitraum für 3 1/2 Millionen Mark Grundstücke erworben, abgesehen von dem Jagdschloß Platze, das

erst in 1914 mit der ersten Rate fällig wird; nicht in letzter Linie hat auch die Gartenverwaltung reichlich Mittel zur Verfügung gehabt, um ihre Zwecke zu erfüllen. So hat sich der jährliche Zuschuß der Gartenverwaltung von 1910 mit 91 000 M. auf 157 000 M. in 1914 erhöht; der außerordentliche Etat hat in den letzten 4 Jahren ebenfalls 106 000 M. zur Verfügung gestellt; Aufwände wissenschaftlicher Natur, die auf diesem Gebiete geleistet wurden, sind die gärtnerische Ausgestaltung des Volksparkes, des Südfriedhofs, der hinteren Anrulanlagen, des Volksparkes unter den Eichen und der Anlagen der Coulustrasse. Also auch hier kein Rückstand, sondern ein ganz erheblicher Fortschritt.

Auch unsere Schlacht- und Viehhofverwaltung ist nicht stehen geblieben; sie ist in den letzten vier Jahren mit einem Aufwand von rund 1/2 Millionen Mark verbessert worden; das gesamte in der Anlage stehende Kapital beträgt nahezu 2 1/2 Millionen.

Nun noch zur Veranschaulichung des Bildes ein Bild auf die

Entwicklung der Straßenbahnen,

soweit sie sichtbar sind, und unsere Wasser- und Lichtwerke. Die Dohmeimer Linie hat sich gut angelassen; sie verzeichnet einen stetig wachsenden Verkehr und stetig wachsende Einnahmen; in den 6 vollen Betriebsjahren von 1907—1912 ist die Brutto-Einnahme von 164 000 auf 220 000 Mark gestiegen; der Reingewinn liegt in der gleichen Zeit von 27 500 auf 53 500 M., hat sich also nahezu verdoppelt. Das Anlagekapital der Strecke liegt von 510 000 M. im Jahre 1907 auf 916 000 M. in 1912. Die Gewinnbeteiligung der Südbahnen-Eisenbahngesellschaft liegt in den genannten Jahren von 300 M. auf allmählich 11 000 M., ist jedoch im letzten Jahre mit Einführung des 5 Minutenverkehrs auf etwa 3000 M. zurückgegangen. So daß also die Südbahnen ca. die Hälfte der durch diese Verbesserung entstandenen Kosten zu tragen hat. Unter Berücksichtigung dieser Gewinnbeteiligung ist die Verzinsung zunächst von 5 1/2 bis 7 Proz. gegangen und jetzt wieder auf 6 Proz. zurückgegangen. Die Rücklagen für den Erneuerungsfonds sind reichlich bemessen, so daß Zuschüsse auch zur Anleihebeteiligung zu leisten sind. Das finanzielle Ergebnis ist also ein durchaus befriedigendes. Der Verkehr ist von 350 000 Wagenkilometer auf 400 000 gestiegen, die zahlenden Fahrgäste von 1,2 auf 1,8 Millionen.

Für die Vierstädter Linie, die zu Ostern 1910 eröffnet wurde, liegt das Ergebnis von drei Betriebsjahren vor; die Einnahme ist gleichmäßig von 91 000 M. auf 105 000 M. gestiegen; der Reingewinn nach Abrechnung der Erneuerungsrücklagen von 25 000 M. auf 19 500 M. zurückgegangen, nachdem 1912 der dichtere Verkehr eingeführt wurde. In gleicher Zeit liegt das Anlagekapital durch Beschaffung weiterer Betriebsmittel von 480 000 auf 550 000 Mark, so daß die Verzinsung von 5,1 auf 5,5 Prozent zuzunehmen und die Südbahnen ohne Gewinnbeteiligung bleibt. Das finanzielle Ergebnis dieser Strecke ist also nicht so gut wie das der Dohmeimer Linie. Die Anzahl der Fahrgäste beträgt zurzeit etwa 600 000.

Im übrigen ist jetzt schon festzustellen, daß im laufenden Jahr die Anzahl der Fahrgäste für beide Linien gegen das Vorjahr wieder im Steigen begriffen ist, so daß man mit der Entwicklung der städtischen Straßenbahnen wohl zufrieden sein kann.

Fakt man das Ergebnis der Bahnen zusammen, so ergibt sich bei einem Anlagekapital von 1,5 Millionen Mark und 30 000 M. jährlicher Rücklagen ein Bruttogewinn von 70 000 M., der zur Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals in Anspruch genommen wird. — Nun

die Wasser- und Lichtwerke.

Die Ablieferungen dieser Werke sind von 1910 mit 1 274 000 M. auf 1 848 000 M. im Jahre 1913 gestiegen; ausdrücklich bemerke ich dabei, daß in diesen Ablieferungen auch Beiträge früherer Jahre stecken, die mit 1915 ausfließen werden. Diese Gewinne bilden mit unserer Einkommensteuer und der Grundsteuer das Rückrats unserer gesamten Einnahmen. Man kann im übrigen mit Befriedigung feststellen, daß die Gewinne der Wasser- und Lichtwerke nicht etwa infolge zu geringer Ablieferungen so befriedigend sind, daß im Gegenteil die Ablieferungen völlig ausreichen und sich überhaupt die wirtschaftliche Situation der Werke in einem durchaus erfreulichen Zustand befindet. Im einzelnen auf das einzugehen, was die Werke geleistet haben, fehlt leider die Zeit; ich kann nur versichern, daß die eingehenden Berichte, die die Vorstände der drei Werke mir erhalten haben, das Bild einer rührigen, umständigen Verwaltung geben, die nichts vernachlässigt, um die Werke auf der Höhe zu halten. So sind im Elektrizitätswerk in den letzten vier Jahren vier Verbesserungen und Erweiterungen im Wert von 1 1/2 Millionen Mark aufgewandt worden; beim Gaswerk etwa 1/2 Millionen Mark; beim Wasserwerk liegt das Anlagekapital um etwa eine halbe Million; für eine größere Sanftigkeit fehlt dank der gewaltigen Anstrengungen der Jahre 1896 bis 1910 das Bedürfnis. Jedenfalls sehen wir unsere Werke in einer günstigen Entwicklung.

Nicht vergessen will ich übrigens zu erwähnen, daß auch die Ausgaben für soziale Zwecke mit etwa 2 1/2 Millionen Mark vom Budget getragen werden.

Wenn Sie nun noch hinzunehmen, daß in der fraglichen vierjährigen Periode auch für die Beamten und Arbeiter manches geschehen ist, daß der Etat beispielsweise trotz des Ausfalls der Aktie gegenüber dem Stand des Jahres 1909 eine natürliche Steigerung der Gehälter für Beamte, Diszontional und Lehrer im Gesamtbetrag von 900 761 M. infolge des 1910 in Kraft getretenen Besoldungsgesetzes und die Lohnsteigerung für die Arbeiter und eine rund 100 000 Mark betragende Steigerung des Pensionats zu tragen verstand, dann muß man in Zusammenfassung des ganzen Bildes und der eben angeführten Leistungen auf den hauptsächlichsten Gebieten der Verwaltung denn doch sagen, daß

die Grundlage unserer Finanzen eine recht gute und gesunde

sein muß und daß es von einer außerordentlichen Nutzenleistung unserer Verhältnisse und recht oberflächlichen Beurteilung Zeugnis ablegt, wenn behauptet wird, daß die städtische Steuerpolitik die Lässigkeit der städtischen Verwaltung in notwendigen Ausgaben zum Stillstand gebracht hätte. (Der Herr Oberbürgermeister spielt hier auf eine Rede des kranfurter Bürgermeisters Dr. Ruppe an, die dieser im vergangenen Januar auf der Konferenz fortgeschrittenen Gemeindevorsteher gehalten hat. Dr. Ruppe machte hierbei Wiesbaden den durch Sachkenntnis nicht bedingten Vorwurf, durch allzu harten Festhalten an der Hundertprozentgrenze wichtige kommunale Aufgaben vernachlässigt und andere Steuern auszuhebeln als die Einkommensteuer zu stark angespannt und dadurch den Einwohnern Rücksicht zu haben. Die hier veröffentlichte Rede unseres Oberbürgermeisters wird ihn hoffentlich eines Besseren belehren. D. Red.)

Nun ist es außerordentlich interessant, die zweite Hauptaufgabe auf ihre Richtigkeit zu untersuchen, nämlich die Behauptung, daß unsere Einkommensteuerpolitik — im Verhältnis zu anderen Städten — eine außerordentliche Anspannung der übrigen Steuern, Abgaben und Gebühren zur Folge gehabt hätte. Ohne unsere Einkommensteuerpolitik für alle Fälle in Schutz zu

nehmen oder mich gar auf das Dogma der Hundertprozentigen Einkommensteuer zu verpflichten, stelle ich zunächst fest, daß bezüglich der Einkommensteuer schon 1913 Wiesbaden mit fünf anderen Städten den niedrigsten Satz erhob; 1914 wird — nachdem sämtliche Berliner Vororte über die Hundertprozentige Grenze hinausgegangen sind, — nur noch Wiesbaden und Berlin die unterste Grenze behaupten,

was ja eine Verühigung ist für die auf diesem Gebiete allzu ängstlichen Gemüter. Hinsichtlich der Grundsteuer sieht Wiesbaden an drittlebter Stelle unter den Großstädten; nur noch zwei Orte, Briesg und Koblenz, haben einen niedrigeren Satz; hinsichtlich der Gewerbesteuer placiert sich Wiesbaden an zweitlebter Stelle; nur Altona erhebt einen geringeren Satz wie unsere Stadt.

Hinsichtlich der sogenannten indirekten Steuern — Wirtschaftskonzessionssteuer, Umsatzsteuer, Verzinsungssteuer, Biersteuer, Hundsteuer und Unfallschutzsteuer — steht Wiesbaden auf einem Satz, der die Mitte hält zwischen höheren und niedrigeren Sätzen, die die anderen Städte zur Erhebung bringen.

Interessanter wird das Bild, wenn man sich einmal vor Augen hält, wie sich denn die Steuerpolitik unserer Stadt gerade in den letzten vier Jahren geändert hat, in denen trotz Verbehalten der 100 Prozent Einkommensteuer die städtische Verwaltung eine recht gute Entwicklung zeigte; und hier finde ich die Anfänge einer Entwicklung, die vielleicht auch für die Feinde unserer Einkommensteuerpolitik nicht so ganz unbefriedigend sein dürfte. Da ist der Wegfall der Aktie mit 500 000 M., die Ermäßigung der Einkommensteuer im Falle des Vorhandenseins von Kindern mit 35 000 M., die zweimalige Reform der Schenkungssteuer mit 30 000 M., die Ermäßigung des Wassergeldes mit einem Verlust von 170 000 M. Nehmen wir nur diese Hauptposten, dann finden Sie, daß die Stadt in der Lage war, trotz Verbehalten der 100 Prozent Einkommensteuer und der großen Leistungen der letzten vier Jahre auf eine Gesamtsumme von Steuern, Abgaben und Gebühren von 735 000 M. Jahreseinnahme zu verzichten und damit einzelnen Berufsständen nicht unerhebliche Erleichterungen zu verschaffen.

Und welche neuen Belastungen der Bürger Wiesbadens stehen diesem Verzicht auf 735 000 M. an Steuern und Gebühren gegenüber? Belastungen von nur 200 000 M., die sich verteilen auf eine Erhöhung der Umsatzsteuer um ein halbes Prozent im Betrage von 60 000 M., aus einer Schlachthofabgabe, die die Schlachthofverwaltung zu tragen hat, im Betrage von rund 50 000 M., aus einer Tarifserhöhung der Begräbniskosten, die 10 000 Mark einbrachte, aus einer kleinen Erhöhung des Schulgeldes im Betrage von 20 000 M., aus einer Erhöhung des meistentlich unter den Selbstkosten gebliebenen Krankentaxtariffs für die erste und zweite Klasse, die 22 000 M. lieferte, aus einem Mehr an Lehrstuhlabgaben von 18 000 M. und einer Erhöhung der Hundesteuer im Betrage von 29 000 Mark.

Die Lösung des Rätsels,

daß in einer vierjährigen Periode voller Arbeitsleistung und tätigen Vorwärtstrebens außerordentliche Aufgaben bewältigt wurden, dabei noch die Einkommensteuer auf ihrer Höhe verblieb und überdies noch auf Abgaben im Betrage von rund 520 000 M. (Differenz zwischen den angegebenen und neu eingeführten) verzichtet werden konnte — das alles in einer vierjährigen Periode, in der Staatseinnahmen von 820 000 M., 686 000 M., 760 000 M. und 530 000 Mark zu deden waren — liegt natürlich neben der Anwendung äußerster Sparmaßregeln und vorsichtiger Verwaltung in der Einführung der Kurtaxe, die den Wiesbadener Bürgern bis zu einem gewissen Grade die Sorge für die außerordentlichen Aufwendungen der städtischen Verwaltung für die Kurereinrichtungen abnahm und sie teilweise den Fremden überließ, für die diese Ausgaben gemacht wurden. Ohne die Einführung der Kurtaxe hätten wir eine Erhöhung der Einkommensteuer von 15 Prozent vornehmen müssen und damit eine Politik treiben müssen, die vom Standpunkte ausgleichender Gerechtigkeit wohl kaum zu verantworten gewesen wäre und auch die kleinsten Steuerzahler verpflichtet hätte, an den Kosten von Einrichtungen mit zu bezahlen, die in ihrem Interesse gar nicht geschaffen wurden. Der Vollständigkeit halber will ich noch erwähnen, daß auch eine Reform der Kurtaxe vorgenommen wurde, die einen Verlust von 35 000 M. brachte und derart sich hineinpogte in die gegebenen Bedürfnisse, daß selbst der Chef der Kurverwaltung, dem man vom Standpunkt seines Ressorts seine anfängliche Stellungnahme gegen die Kurtaxe nachempfinden kann, sich nunmehr dahin ausdrückt, daß die gesürchelten Folgen der Kurtaxe nicht eingetreten sind.

Also, ich meine, Sie werden dieser in den letzten vier Jahren getriebenen Steuerpolitik eine gewisse Gesundheit nicht abtreiben können und werden mit mir der Auffassung sein, daß auch hier Vorteilhaftes und Fortschrittliches zu erkennen ist, mindestens aber, daß schädliches ist, daß die Behauptung nicht richtig ist, daß sich infolge der Einkommensteuerpolitik die übrigen Steuern und Gebühren ins Unerträgliche geschworen hätten. Eine gewisse Ausnahme möchte ich allerdings machen bezüglich des Preises, den wir für elektrisches Licht erheben; jetzt schon mit Tarifänderungen hier aufzutreten, hält der Magistrat indes nicht für zweckmäßig, da eine neue Lampe in Bewertung ist, die an sich schon — wie ich höre — eine mindestens dreißigprozentige Erparnis an Licht garantieren soll. Aber wir werden immerhin diese Frage nicht aus dem Auge verlieren; auch gebe ich gern zu, daß die Wertzuwachssteuer einer gründlichen Reform unterzogen und zu einer erträglichen Steuer gemacht werden muß; auch will ich ebenso freimütig bekennen, daß ich es gern sehen würde, wenn sich unsere Finanzverhältnisse so besserten, daß wir die 1910 eingeführte Erhöhung der Umsatzsteuer um ein halbes Prozent wieder rückgängig machen könnten im Interesse der Verbehalten eines vermehrten Umsatzes und einer erträglichen Belastung.

Und wenn nun schließlich noch behauptet worden ist, daß unsere Einkommensteuerpolitik auch

die Abwanderung mehrerer tausend Arbeiter

veranlaßt hätte, so möchte ich zunächst feststellen, daß Wiesbaden in den letzten vier Jahren an Einwohnerzahl um 4000 abgenommen hat; hiervon entfallen indes 1500 auf den Geburtenrückgang, so daß sich ein Verlust von 2500 erweist, der allerdings sicherlich zu vier Fünfteln aus Arbeitern und kleinen Handwerkern sich zusammensetzt; im letzten halben Jahr (vom Oktober bis März) ist übrigens diese Abwanderung zum Stillstand gekommen; hoffen wir, daß es dabei sein Bewenden hat.

Mit dieser Abwanderung hat aber die Einkommensteuerpolitik nichts an tun; sie ist lediglich

die Folge des Stillstehens der privaten Bautätigkeit,

also die Folge einer Ermahnung, die wir — mit Ausnahme der rein industriellen Städte — mit allen anderen Städten teilen. Diese private Bautätigkeit zurzeit schon anzuregen, etwa durch Herausgabe städtischen Geldes zu Hypotheken für neue Bauten, dürfte ein nicht ungefährliches Unternehmen

sein angesichts der Tatsache, daß noch 5 Prozent der Wohnungen leer stehen und wir also noch 2 Prozent vom normalen Satz entfernt sind. Was wir hier tun können, liegt auf dem Gebiete der Förderung des Zuguges, vor allem aber auf dem Gebiete der Schaffung eines normalen Angebots von baureifem und preiswertem Gelände; die Vorarbeiten für diese Kommission sind vollendet und im Beiz der Mitglieder der Kommission, die anfangs April ihre Arbeiten aufnehmen wird.

Diese Verödung des Baumarcktes tritt überall hervor. Wir teilen auf diesem Gebiete das Schicksal von zahlreichen Genossen unter den deutschen Städten.

Hätten wir wirklich 10 Prozent Einkommensteuer mehr erhoben, so wäre an diesen Verhältnissen nicht das Geringste geändert worden; es könnte die Einkommensteuerfrage nur insofern in Betracht kommen, als einmal aus Mangel an Mitteln wirklich notwendige Ausgaben, die Geld und lohnende Arbeitsgelegenheiten schaffen, unterlassen werden müßten, bloß um der Einkommensteuer willen. Das wäre ein falsches Prinzip, das bekämpft werden müßte, denn eine städtische Verwaltung soll nicht nur aus Sparen denken; sie soll sich auch bewußt sein, daß die Entwicklung nicht zum Stillstand gebracht werden darf, daß Notwendiges geschaffen werden muß, und schließlich auch daran zu denken ist, daß durch Schaffung lohnender Arbeitsgelegenheit die Steuerkraft sich hebt, was schließlich der Stadt selbst zugute kommt.

Der Magistrat kann sich nur freuen,

mit Rücksicht auf die eben geschilderte Verwaltungstätigkeit der vergangenen vier Jahre feststellen zu können, daß die auf allen Gebieten vorgenommenen großen Arbeiten der städtischen Verwaltung den arbeitenden Ständen, Handel und Gewerbe und dem Handwerk doch manchen guten Verdienst gebracht haben. Wir empfinden es mit Befriedigung, daß unser Budget — wie an anderer Stelle schon hervorgehoben — für soziale, vor allem auch den Minderbemittelten zugute kommende Zwecke rund 2 1/2 Millionen Mark zur Verfügung stellen kann; ich rechne hierbei die Ausgaben für Armenpflege, für Kranken- und Gesundheitspflege, für Schul- und Bildungszwecke, mit Ausnahme der höheren Schulen, für Arbeiterfürsorge, für Invaliden-, Kranken-, Unfall- und Angehörtenversicherung, ferner die Zuschüsse zu wohltätigen und gemeinnützigen Anstalten. Wir haben uns gefreut, für Notstandsarbeiten in den letzten vier Jahren über 420 000 M. zur Verfügung gestellt zu haben, und waren gerne bereit, im laufenden Jahr wie im kommenden Etat Beträge für Lohnerhöhungen der Arbeiter in Höhe von etwa 90 000 M. bereitzustellen.

Auch das Handwerk, dessen schwere Bedrängnis der letzte Bericht der Handwerkskammer über die wirtschaftliche Lage des Handwerks im Kammerbezirk Wiesbaden eingehend schildert, bedarf der wohlwollenden Berücksichtigung, und es wird eine ernste Aufgabe der Verwaltung sein, daran zu denken, daß mit Ablauf des Etatsjahres 1914 die hauptsächlichsten städtischen Bauten beendet sind; es wird dann niemand gereuen, wenn noch Notwendiges ausgeführt und im übrigen auch das besondere Interesse der städtischen Verwaltung darauf gerichtet wird, alles zu tun, daß auch die vom Staat beabsichtigten Bauten, Realgymnasium und Reaktionsgebäude, alsbald in Angriff genommen werden können.

Der Notlage des Hausbesitzes haben wir zu neuem Verzicht durch ein Abkommen mit der Kassauischen Landesbank zwecks Hypothekenaemährung; es sind auch unter Bürgerschaft der Stadt 3 1/2 Millionen Mark zu diesem Zwecke gegeben worden, wozu noch 1/2 Million Mark aus eigenen städtischen Mitteln tritt, so daß im laufenden Jahre 3 1/2 Millionen Mark an Hypotheken in die Hände der städtischen Grundbesitzer gelangen. Sie wissen, daß das Abkommen mit der Landesbank aus formellen Gründen aufgehoben wurde; es wird zurzeit weiter verhandelt mit der Landesbank, die sich ihrerseits an den Oberpräsidenten gewandt hat um Erwirkung der Genehmigung zu einer Erweiterung ihrer Geschäftstätigkeit und zur Vermeidung weiterer Schwierigkeiten bei einer eventuellen Abschiebung eines neuen Abkommens. Sollte auf diesem Wege nichts zustande kommen, so wird der Magistrat versuchen, selbst auf irgend eine Weise vorzugehen.

Offentlich werden wir auch in der Lage sein, in Kürze einen Betrag flott zu machen, der den unteren Beamten etwas bessere Bezüge verschafft.

Sie werden aus allem entnehmen, daß der Magistrat den besten Willen hat, zu helfen, wo er kann; dabei wird er es als seine erste Pflicht halten, stets darüber zu wachen, daß die Finanzlage der Stadt eine gute bleibt. Mit außerordentlicher Befriedigung will ich dabei feststellen, daß

die Schulden der Stadt sich in den letzten vier Jahren nicht vermehrt, sondern um 1,6 Millionen Mark vermindert haben.

Seit dem 1. April 1910 bis zum 1. April 1914 sind 6,26 Millionen Mark Schulden neu aufgenommen und 7,9 Millionen Mark getilgt worden.

Für Neubauten und größere Umbauten sind in den letzten vier Jahren insgesamt 12 Millionen Mark aufgewendet worden, und zwar 8,5 Millionen Mark aus Anleihemitteln und 3,5 Millionen Mark aus den laufenden Mitteln des Etats. Auch das spricht für eine durchaus gesunde Finanzlage.

Wenn Sie nun diese in meinen Ausführungen eingehend geschilderten Leistungen der Stadt seit 1910 zusammenfassen, und wenn Sie ferner nicht vergessen, daß diese Leistungen trotz Weasfalls von über einer halben Million Mark betragender Einnahmen möglich waren, wenn Sie ferner bedenken, daß in dem gleichen Zeitraum auch eine für die Bürgerlichkeit vorteilhafte Versicherung beziehungsweise Verminderung der Steuerlast herbeigeführt hat und trotz dieser Umstände noch eine Schuldverminderung um 1,6 Millionen Mark einactreten ist, so werden Sie annehmen, daß mir keinen Grund haben, mit der Entwicklung unseres städtischen Budgets unzufrieden zu sein.

Wir sind zu dem günstigen Ergebnis gelangt durch unsere eigene Kraft

und werden das auch in Zukunft tun. Die Hoffnungen, vom Staat Hilfe zu erhalten durch ein neues Gemeindeabkommensgesetz, werden sich — wenn der vorliegende Entwurf Geseh werden sollte — zerfliegen, denn dieser Entwurf arbeitet nach dem System der kleinen Mittel, die uns nicht helfen können; er vermeidet es, einen neuen, sozial gerechteren Einkommensteuertarif den Gemeinden zur Verfügung zu stellen; auch hat er den Gedanken der Kapitalrentensteuer nicht in sich aufgenommen. Wir wollen uns deshalb allein weiterhelfen; die Stadt Wiesbaden besitzt in sich selbst die Kraft, wieder zu einer besseren Entwicklung zu gelangen; auch erwarten wir zunächst keine allzu anstrengenden und leichten Jahre, aber der Magistrat fürchtet die Schwierigkeiten nicht, besonders dann nicht, wenn er die Hoffnung hat, auch im kommenden Jahre mit der Stadtverordnetenversammlung in den Haupt- und Lebensfragen sich in so erfreulicher Uebereinstimmung zu finden, wie das im jetzt ablaufenden Etatsjahr der Fall gewesen ist.

Die fünfteviertelstündige Rede des Herrn Oberbürgermeisters wurde offensichtlich von allen Seiten der Ver-

sammlung beifällig aufgenommen, was auch am Schluss durch Bravorufe und vereinzeltes Händeklatschen offen zum Ausdruck kam.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Stadtv. Dr. Drener, erstattete sodann folgenden Bericht über den

Etat der ordentlichen Verwaltung für 1914.

Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1914 ist vom Magistrat mit großer Vorsicht aufgestellt worden. Der Magistrat hat sich von den Verhältnissen über einen zu erwartenden starken Zuwachs infolge des Generalpardon nicht verleiten lassen, die Steuern höher zu veranschlagen, als sie ohne Zuwachs aus solchen ungewisser Quelle zu erwarten sind, und dann dementsprechend aus dem Vollen zu wirtschaften, bevor noch die Einnahmevermehrung gesichert ist. Dieser hat er die bisher mit so guten Ergebnissen geübte Politik der vernünftigen Sparsamkeit fortgesetzt. Einer Sparsamkeit, die für alles sorgt, was die in Wiesbaden bereits in Fülle gebotenen Annehmlichkeiten noch wirklich vermehrt, die aber nicht mit Ueberbürdung vorgeht, und glaubt, daß alles, was lebenswürdige Projektionen irgendwie erdenken können, auch sofort in einem Jahre ausgeführt werden muß.

So ist es ihm möglich gewesen, trotz der Herabsetzung des Wasserpreises und dem Bau des prächtigen Kaiser Friedrich-Bades ohne irgend welche Steuererhöhung auszukommen und ein Budget vorzulegen, in welchem der seit langen Jahren bestehende Einkommensteuerfuß von 100 Prozent unverändert geblieben ist, ebenso wie der niedrige Satz von 2 v. T. der Grund- und Gebäudesteuer, der nicht ganz 140 Prozent des Staatssteuerfußes ausmacht. Auch die Eröffnung der neuen Landesbibliothek und der rüstig voranschreitende Bau des neuen Museums werden darin keinen Unterschied machen, da es möglich war, die alten Gebäude zu entsprechenden Preisen zu verkaufen.

Der Finanzausschuss hat denn auch nach sorgfältiger Prüfung des Haushaltsplans wenig dazu zu bemerken und keine weiteren Abträge zu empfehlen. Erbringen die Steuern etwas mehr als veranlagt, so müssen in erster Linie die Reserve- und Ausgleichsfonds, die in diesem Jahr wenig bedacht werden konnten, ausgiebig berücksichtigt werden, ebenso die Neuregelung einiger Beamtengehälter.

Auch der Pflastererneuerungsfonds und der Schulbaufonds bedürfen dringend weiterer Zuweisungen. Der letztere, dem seit 1894 die Baukosten aller unserer Volks- und Mittelschulen und selbst die 788 000 M. für unsere Prunkschule, die höhere Mädchenschule am Schlossplatz, einnommen werden konnten, wird, nach Ausgabe der im Haushaltsplan 1914 eingezeichneten 249 000 M. für die neue Schule an der Bahnstraße und die Zentralheizung der Behrstraße, am 1. April n. J. bloß noch einen Bestand von 12 698 aufzuweisen haben, wenn ihm nicht aus etwaigen Ueberschüssen des Jahres 1913 weitere Zuweisungen gemacht werden können. Denn von den 208 282 M. Ueberschuss aus 1912 konnten ihm bloß 100 000 M. überwiesen werden, weil die weiteren 108 000 M. zur Deckung der 1913 bewilligten zweiten Arbeiterlohnsteigerung und Kostendarstellungen verwendet werden müssen.

Die Fiskalsteuer, die diese Posten decken sollte, konnte im laufenden Jahre noch nicht erhoben werden. Sie ist nun mit nur 60 000 M. in den vorliegenden Etat eingestellt worden, und es ist zu hoffen, daß die Genehmigung rechtzeitig erfolgen wird, um sie wenigstens für 1914 erheben zu können. Die Schankkonzessionssteuer, die 1910 noch mit 75 000 M. eingestellt werden konnte, kommt infolge der wiederholten Änderungen jetzt bloß mit 20 000 M. in Betracht. Sie hat bis 28. Februar d. J. nur 16 000 M. ergeben, wie dies gelegentlich der letzten Änderung bereits vorhergesagt worden war.

Woh die direkten Steuern zeigen ungeachtet unserer niedrigen Sätze eine gesunde, stetige Zunahme und empfehlen damit die Beibehaltung der seit langen Jahren befolgten Steuerpolitik. Trotz der geübten vernünftigen Sparsamkeit ist Wiesbaden dabei eine der schönsten, angenehmen und gesündesten Städte Deutschlands geworden. Ermöglicht wurde dieses Ergebnis aber auch mit dadurch, daß Wiesbaden in seinen industriellen Betrieben, dem städtischen Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerk, wertvolle Anlagen hat, die der Stadtkasse bedeutende Ueberschüsse zur Verfügung stellen konnten, zum Teil freilich nur unter Heranziehung von Ueberschüssen aus früheren Jahren. Die letzteren erschienen in dem vorliegenden Budget zum letztenmal. Sollen diese Werte weiter die Finanzen Wiesbadens kräftig unterstützen können, so müssen diese aber auch produktiv erhalten bleiben, und es darf ihnen nicht durch Herabdrückung ihrer Preise die Lebenskraft beirächtigt werden. Wir sind darin bereits etwas weiter gegangen, wie manchem richtig ersieht, als wir den Preis für unser vorzügliches Wasser von 20 auf 25 Pf. für den Kubikmeter ermäßigt haben. Es geschah dies, um solchen notleidenden Hausvermietern zu helfen, die in Ermangelung von besonderen Wassermessern in den einzelnen von ihnen vermieteten Wohnungen das Wasser für ihre Mieter mitbezahlen mußten und dies in der gegenwärtig gedrückten Lage vieler Vermieter als eine Härte empfanden. Eine als Kompensation gedachte mögliche Wasseranschlaggebühr, die von den Mietern getragen werden sollte, fand in der vorgeschlagenen Form keinen Beifall, und so gehen dem Wasserwerk bereits 170 000 M. jedes Jahr verloren. Weiter in dieser Richtung darf aber nicht gegangen werden, wenn unsere Finanzen gesunde bleiben sollen.

Die größte Steigerung der Ausgaben tritt wieder bei der Schulverwaltung ein: 100 000 M. mehr als im Vorjahre. Abgesehen von jeder Verzinsung und Tilgung der Gebäude erfordern sie dieses Jahr einen Zuschuß von 1 856 746 M., bedeutend mehr als die Hälfte der ganzen Einkommensteuer von 2 960 000 M. Davon entfallen auf die höheren Schulen etwa 336 000 M., auf die Volksschulen etwa 836 000 M. und auf die Mittelschulen 254 000 M.; der Rest auf die gemeinsame Schulverwaltung.

Die Ausgaben für Verzinsung und Tilgung haben sich angenehmerweise gegen das Vorjahr um 110 000 M. verringert, der dem Ordinarium zur Last fallende Betrag sogar um 134 000 M. In danken ist dies der im letzten Jahre erfolgten Abtragung des Restes der 1879er Anleihe. Eine ähnliche Erspargnis wird aber in den nächsten Jahren nicht folgen, da keine größere Anleihe vor dem Jahre 1924 ganz abgetragen sein wird.

Der Etat der ordentlichen Verwaltung für 1914 schließt ab in Einnahme und Ausgabe gleichlautend mit 13 052 133,93 M., so ziemlich dem gleichen Betrage wie im Vorjahre.

Der Antrag des Finanzausschusses geht dementsprechend dahin:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle der Festsetzung des Haushaltsplans der ordentlichen Verwaltung für das Rechnungsjahr 1914 in Einnahmen und Ausgaben auf 13 052 133,93 M. zustimmen und genehmigen, daß für das Rechnungsjahr an Steuern erhoben werden: 1. eine Gemeindefiskalsteuer von 100 Prozent der Staatssteuer, 2. eine Gewerbe- und Betriebssteuer von je 150 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbe- und Betriebssteuer, und 3. 2 v. T. des ge-

meinen Wertes der Gebäude und Grundstücke, gleich 139,96 Prozent der vom Staate veranlagten Grund- und Gebäudesteuer.

Die Durchschnittsbelastung der Realsteuern beträgt damit 146,92 Prozent.

Der Bericht des Finanzausschusses über den Etat der außerordentlichen Verwaltung

für das Rechnungsjahr 1914 wurde vom Vorsitzenden des Ausschusses, Stadtv. Dr. Drener, wie folgt erstattet:

Bei etwas Zurückhaltung ist es dem Magistrat möglich gewesen, auch im laufenden Rechnungsjahr ohne Anleihe auszukommen. Und zwar ist dies geschehen, ohne daß irgend etwas Wesentliches in der künftigen Weiterentwicklung Wiesbadens versäumt wurde.

Unter herrlichem Kaiser Friedrich-Bad, das mit seinen praktischen, modernen Einrichtungen auch den verwöhntesten Anforderungen gerecht wird, ist vollendet und schon reichlich von Kurgästen und Einheimischen benutzt worden. Ebenso das neue Gebäude der Landesbibliothek mit seinem gut ventilierten, großen Lesesaal. In den Erweiterungen des städtischen Krankenhauses sind weitere Fortschritte gemacht worden, sodaß mit den im laufenden Jahre zu vollendenden Pavillons III und IV die gesamten, nahezu 3 1/2 Millionen Mark kostenden Erweiterungsarbeiten abgeschlossen sein werden. Auch unser neues Museum ist bereits unter Dach und wird neben seinem Hauptzweck, der Aufnahme unserer reichen Natur- und Kunstschatze, eine weitere Zierde unserer Stadt werden. Dank seiner günstigen, zentralen Lage am Kreuzungspunkte unserer wichtigsten Straßen wird es sofort jedem Ankömmling zeigen, daß Wiesbaden neben all seinen sonstigen Vorzügen auch die geistigen Interessen hegt und pflegt. Dabei ist unsere finanzielle Lage recht günstig geblieben.

Abgesehen von den Schulden unserer sich selbst tragenden Zweigverwaltungen, deren Bedienen es uns ermöglicht hat, bei Weiterentwicklung aller Annehmlichkeiten unsere seit Jahren festgehaltenen niedrigen Steuerfüße beizubehalten, betragen unsere Schulden am 1. April dieses Jahres nur 34 908 270 M. Damit stehen sie bloß 400 000 M. höher als vor drei Jahren, wo sie mit 33 960 478 Mark zu Buch standen, während unser Grundbesitz weiter stetig zugenommen hat. Für das kommende Rechnungsjahr ist zwar ein Anleihebedarf von 3 197 400 M. vorgegeben, dem bloß eine Tilgung von 1 165 945 M. gegenübersteht, so daß rechnerisch eine Schuldenzunahme von 2 031 455 M. in Aussicht steht. Davon ist aber eine halbe Million Mark für den Grundstücksfonds bestimmt, dem im Jahre 1913 bereits 1 Million Mark zugewiesen worden war. Auch dürfen die in den Etat der außerordentlichen Verwaltung für 1914 eingestellten 1 500 000 M. Baukosten des neuen Museums folgerichtig 2 000 000 M. Erlös aus dem Grundbesitz des alten Museums entnommen werden, da uns dieses Grundstück zusammen mit den alten Gerichtsgebäuden gegeben wurde, um daraus die Kosten des Museumsneubaus zu decken.

Außer den erwähnten 500 000 M. für den Grundstücksfonds und den 1 500 000 M. für den Museumsneubau sollen aus der vorgezeichneten Anleihe von größeren Beträgen zur Verfügung gestellt werden: 400 000 M. für den Neubau des Museums II am Hofplatz, 350 000 M. für die Erweiterung des städtischen Krankenhauses, 292 000 M. für Erweiterung der Kanalisation, 105 000 M. für Straßenbauten und 75 000 M. für Erweiterung der Dekorationsmagazine des Hoftheaters.

An wichtigen Aufgaben für die gesunde Fortentwicklung Wiesbadens fehlt es demnach noch nicht. Deshalb kann nur wiederholt empfohlen werden, der Verwaltung nicht mit unzulässigen Projekten zu kommen, wenn sie auch dem einen oder anderen von uns als wünschenswert erscheinen möchten. Gesunde Finanzen sind auch eine schöne Einrichtung für eine Stadt und gereichen noch mehr zu ihrem dauernden Vorteil, als mancher überflüssige Prunkbau.

Der Finanzausschuss beantragt: Die Stadtverordnetenversammlung wolle, unter Vorbehalt der besonderen Genehmigung der verschiedenen Behörden, der Feststellung des Voranschlags der außerordentlichen Verwaltung für das Rechnungsjahr 1914 mit 3 895 825,43 M. in Einnahmen und des gleichen Betrages in Ausgabe ihre Zustimmung erteilen. Die Versammlung tritt hierauf in die

Generaldebatte über den Etat

ein.

Stadtv. Alärner dankt dem Oberbürgermeister und dem Berichterstatter für die so außerordentlich klaren Ausführungen, die aber in ihrer Klarheit leider manche Hoffnungen, die von verschiedenen Kreisen auf den neuen Etat gesetzt worden seien, zu Schanden machten. Der Oberbürgermeister habe selbst gesagt, daß sogar berechtigte Wünsche hätten zurückgestellt werden müssen, und hierzu rechne der Redner besonders die Wünsche der städtischen Beamten und Lehrer, bei deren letzten Befoldungsregelungen Härten und Lücken entstanden seien, deren mögliche Abheilung er fordert.

Stadtv. Harimann meint, nach dem, was man gehört habe, gebe es eigentlich nicht mehr viel zu sagen. Wenn es vielleicht das beste wäre, den Etat so anzunehmen, wie er vorliegt, so möchte er doch noch einige besondere Wünsche vorbringen. So ständen er und seine hiesigen Freunde durchaus nicht auf dem Standpunkt des Frankfurter Bürgermeisters, daß die Bevölkerungsabnahme in Wiesbaden auf das Festhalten an der 100prozentigen Einkommensteuer zurückzuführen sei. Redner ermahnt dann, nicht nur für die Straßen im Kurviertel besondere Anweisungen zu machen, sondern auch die anderen Stadtteile mehr zu berücksichtigen, fordert Verbilligung des elektrischen Stromes und Erleichterung der Hausanschlüsse. Er erneuert seine alte Forderung nach Freifahrtkarten für die Stadtverordneten auf der Elektrischen und verlangt, daß bei der Neuverlegung der Linienführung der Straßenbahn die Deckung der Kosten und vor allem auch die Stadtverordneten gebürt werden. Er verbreitet sich über die Wertzuwachssteuer und die Umsatzsteuer, welche letztere den Kommunen überlassen bleiben müsse, und hofft, daß der Generalpardon so ausfallen möge, daß aus seinem Ertrag die Umsatzsteuer um ein Drittel, d. i. 60 000 Mark, ermäßigt werden kann.

Stadtv. Demmer mißt die Schuld für den Rückgang der Einwohnerzahl der einseitigen Interessenpolitik für die Kur bei. Nur die Heranziehung von Industrie und eine wichtige Eingemeindungspolitik werde hier Wandel schaffen. Die Begründung, auf der Einkommensteuer von 100% stehen zu bleiben, weil die Steuerzahler jetzt durch den Beitragsbeitrag und die dadurch vielfach hervorgerufene Erhöhung der Einkommensteuer an sich schon genügend belastet seien, könne nicht haltbar sein. Die unteren Bevölkerungsklassen hätten schon die ganze Zeit ihr Einkommen auf Heller und Pfennig verzinsen müssen. Einen Wegzug der Reichen brauche man jetzt auch nicht mehr zu befürchten, da ja nach den eigenen Ausführungen des Oberbürgermeisters die Steuern anderweit noch höher seien. An Hand statistischer Materials erklärt sodann der Redner, daß in Hesse-Nassau die direkten Steuern in Wiesbaden wohl die niedrigsten, die indirekten aber die höchsten

seien, und wendet sich überhaupt gegen die indirekten Steuern, die die breite Masse am schwersten trafen. Er kritisiert, daß der Straßenbau aus Anleihen, statt aus dem Straßenbauerneuerungsfonds erfolge und vermischt im Etat größere Posten für eine Arbeitslosenunterstützungskasse, sowie für Notstandsarbeiten. Er wünscht ja nicht, daß die Notstandsarbeiten eine dauernde Einrichtung würden, vielmehr müsse man eine Besserung der bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen suchen. Er werde ebenfalls für die berechtigten Wünsche der Beamten, besonders der Unterbeamten, nach Aufbesserung eintreten, müsse aber das gleiche für die Arbeiter fordern. Er fragt, wie hoch die Aufbesserung für die letzteren in den letzten Jahren gewesen seien, und bemängelt verschiedene Schritte am Armenverwaltungsausschuß. Die städtischen Werke holten das, was sie an Ueberflüssen erbringen, allein aus der Arbeiterkassette heraus. Er ermahnt um Auskunft, ob tatsächlich ein Beschluß des Magistrats bestehe, wonach Arbeiter über 45 Jahren nicht mehr eingestellt werden sollen. Redner vermischt weiter einen Posten im Etat für Volksvorstellungen im Residenz-Theater und schlägt vor, Volkskonzerte des Kurorchesters für die geringeren Einkommen, vielleicht im Paulinenschloß, zu veranstalten. Die Statistik der Wohnungszählung vom Juli 1912 sei noch immer nicht bekannt gegeben. Die Elektrische, über deren Zukunft „die ganze Welt lacht“, müsse von der Stadt übernommen werden. Im allgemeinen müsse der Etat nach den vorhandenen Mitteln aufgestellt werden, wonach sich dann die einzelnen Ressorts zu richten hätten. Er stellt schließlich die Behauptung auf, daß der Etat nur nach den Bedürfnissen der reichen Klassen zugeschnitten sei, während die Verwaltung sich erleichtere, indem man in den Finanzausschuß auch nicht ein Mitglied aus der 3. Wählerabteilung hineingewählt habe.

Stadtv. Barner klagt, daß Wiesbaden in allen Steuerfragen noch den Ausführungen des Oberbürgermeisters an erster oder zweiter Stelle stehe, nur nicht in der Frage der Befoldung der Beamten, deren Forderung der Gleichstellung mit den Staatsbeamten anerkannt werden müsse. Nicht nur die Unterbeamten, sondern alle müssen so gestellt werden, daß sie auf dem teuren Pflaster Wiesbadens ihr Auskommen finden. Während die Arbeiter drücken 2,40 Mark verdienen, gebe es Bürogehilfen auf ganz verantwortlichen Posten gegen eine Tagesentlohnung von 3 M. Auch er hoffe Hilfe durch den Mehrertrag aus dem Generalpardon.

Stadtv. Gerhardt bedauert, daß immer die sozialen Aufgaben unter der Weltpolitik leiden müssen. Er bringt dann eine Anzahl sozialer Wünsche vor, besonders aus dem Krankenhaus und hinsichtlich der zu geringen Unterstützung der Wohltätigkeitsvereine.

Stadtv. Julisrat v. Eck freut sich, daß auch von der äußersten Linken dem Etat Anerkennung gezollt wurde. Ihre Anregungen seien aber nicht neu, und in der Deckungsfrage machten sie es sich recht bequem, indem sie einfach die Einkommensteuer erhöhte wissen wollten. Dem Oberbürgermeister stimme er zu, daß alle Wünsche über den Etatsantrag hinaus nur durch eine Erhöhung der Einkommensteuer erfüllt werden könnten, und daß zu einer solchen Erhöhung gegenwärtig der ungünstigste Zeitpunkt sei. Er weist die Behauptung des Stadtv. Demmer entschieden zurück, daß man auf der einen Seite Rücksicht nehme auf „Beiträger, die die Verwaltung bisher um große Steuerbeträge gepreßt“ hätten, während man auf der anderen Seite dem Arbeiter den letzten Groschen aus der Tasche nehme. Dabei sei der Steuerertrag aus Arbeiterkreisen doch nur gering. Redner stellt ferner richtig, daß auch der Bauauschuss die Ansicht vertritt, daß Straßenbauten nicht aus Anleihen, sondern aus dem Straßenbaufonds zu dotieren seien. Im Namen seiner politischen Freunde könne auch er die Erklärung abgeben, daß sie den Beamten, Lehrern und Arbeitern gern Aufbesserungen gewähren würden; dies könne aber nur entsprechend der Finanzkraft der Stadt geschehen, und da werde man die bevorstehende Vorlage des Magistrats abwarten.

Stadtv. Paul klagt es, daß durch die neue Versicherung eine ganze Reihe von Beamten gegen früher schlechter gestellt worden seien, und bittet um die Berücksichtigung ihrer Wünsche.

Oberbürgermeister Gläffing

dankt für die locale Aufnahme, die der Etat gefunden habe, und beantwortet dann eine Reihe der von den Vorrednern gemachten Einwände und Wünsche. Die Heranziehung von Industrie und die damit in Verbindung stehende

Eingemeindungsfrage

habe er absichtlich nicht berührt, weil er es für außerordentlich bedenklich halte, sich in einer öffentlichen Sitzung über die Absichten des Magistrats zu äußern. Ein warmes Beispiel dafür seien die Erfolge eines Kollegen in der Nachbarstadt (namentlich ist Herr Oberbürgermeister Dr. Vogt in Dieblich, Red.), dessen Anregungen ein Chaos von Meinungsverschiedenheiten in den Zeitungen hervorgerufen hätten. Der Magistrat habe die Frage durchaus nicht fallen lassen, sondern arbeite ernsthaft daran. So habe der Magistrat auf einstimmigen Beschluß

an die Gemeinde Sonnenberg die Anfrage gerichtet, ob sie bereit sei, in Verhandlungen über die Eingemeindungsfrage einzutreten.

Wenn die Gemeinde Sonnenberg sich nicht auf die rein geschäftsmäßige Frage stellen werde, hierbei so viel zu verdienen, wie überhaupt nur möglich, so könnten bezüglich Sonnenbergs, das doch heute schon gewissermaßen eine wirtschaftliche Einheit mit Wiesbaden bilde, und außerordentlich große Vorteile von der Eingemeindung haben werde, die

Eingemeindungsverhandlungen schon in einem halben Jahre beendet sein.

Auch mit Dieblich schweben Verhandlungen. Ob und inwiefern der dortige Magistrat zu der Frage Stellung angenommen habe, könne Redner nicht sagen.

Dem Stadtv. Demmer gegenüber bekräftigt sodann Oberbürgermeister Gläffing, daß Wiesbaden in den indirekten Steuern allen anderen Orten voraus sei. Besonders Frankfurt müsse hinter Wiesbaden zurückbleiben. Bezüglich des Pflaster- und Schulbaufonds teile er die Ansichten der Vorredner. Dies sei auch hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützungskasse der Fall. Hier seien aber die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen, doch hoffe er, daß man zu einem, alle Teile befriedigenden Kompromisse kommen werde — nicht aus irgend einem Entschenskommen, sondern weil er tatsächlich selbst eine solche Einrichtung für wünschenswert halte. Die Anregung nach Arbeiterkonzerten wünschenswert halte. Die Anregung nach Arbeiterkonzerten halte er für sehr beachtenswert. Die Frage der Uebernahme der elektrischen Straßenbahnen werde erst 1917 sprudeln. Der Magistrat habe aber bereits einen Dezerenten zur eingehenden Prüfung der Sache bestellt, und werde seine Ansicht dem Stadtverordneten in einer ausführlichen Denkschrift unterbreiten. Bezüglich der Freifahrtkarten auf der Elektrischen hoffe er, demnächst zu einem Kompromiß zu gelangen, der dem Wunsch der Stadtverordneten entspricht, ohne dabei mit der Aufsichtsbehörde in einen Konflikt zu kommen. Die Beschleunigung der Errichtung eines Siechenhauses

liege infolge der Bestimmungen der bekannten 100 000 M.-Stiftung für diesen Zweck ja im Interesse der Allgemeinheit. Wegen der Beamtenbefoldungsfrage müsse er betonen, daß er nicht zu den Oberbürgermeistern gehöre, die eine Beamtenbefoldungssteigerung verlangen, wenn die Mittel dazu vorhanden sind. Die Beamten- und Lehreraufbesserung bedinge aber 400 000 M., die man jetzt nicht aufbringen könne, was aber nach seiner Ansicht im Verlauf von drei Jahren möglich sein werde.

Inzwischen ist es 7 Uhr geworden. Der Vorsitzende Justizrat Dr. Albert teilt mit, daß noch vier Herren auf der Rednerliste stehen, worauf Stadtverordn. Varner Vertagung der Sitzung beantragt.

Oberbürgermeister Gläsel tritt für den Schluß der Generaldebatte ein, da jeder Stadtverordnete ja noch zu jedem einzelnen Punkt in der Spezialdebatte seine Meinung vorbringen könne. Stadtverordn. Elze stellt darauf den Antrag auf Schluß der Generaldebatte, der auch die erforderliche Unterhaltung findet und angenommen wird. Auf Protest des Stadtverordn. Demmer stellt der Vorsitzende fest, daß allerdings für einen solchen Be-

schluß eine Zweidrittelmehrheit der Anwesenden erforderlich ist, die eine erneute Abstimmung nicht ergibt, sodas in der Generaldebatte fortzuführen wird.

Stadtverordn. Arndt stellt fest, daß er und seine ihm nahstehenden Freunde gern alles tun würden, die notwendigen Mittel zu beschaffen, um die Wünsche der Beamten, Lehrer und Arbeiter zu befriedigen. Mit Recht beklagen sich die hiesigen Beamten, daß sie mit den staatlichen Beamten nicht gleichgestellt seien. Auch die Besätze der technischen und der ihnen gleichgestellten Beamten seien — wenn irgend möglich — zu bessern. Redner teilt die Befürchtung, daß die von der Verkehrsdeputation gutgeheißene neue Linienführung der Elektrischen durch die Langgasse und Kirchgasse eine weitere Verschlechterung dieser ohnehin ungenügenden Verbindung bringen werde. Er tritt dann zur Förderung des Zugangs neuer Bürger für die Erschließung von Gelände ein, wo man auch zu billigeren Preisen, als dies bisher meist möglich war, sich in landhausmäßigen Villen ansiedeln kann. Zu begrüßen sei, daß jetzt der Frage der Eingemeindung von Sonnenberg näher getreten

worden sei. Die Lösung der Wellsträßfrage sollte man nicht zu lange hinauszchieben und ruhig an die Entscheidung herantreten, wenn auch die Eigentümer dort recht hohe Forderungen stellen. Die Grundstücke würden doch nicht billiger werden und bei einer Entzweiung pflege man doch auf der Mittelstraße zusammenzukommen. Eine bessere Verkehrsverbindung nach der dortigen Gegend sei anzustreben.

Stadtverordn. Varner hält seinen Vertagungsantrag aufrecht, der indes abgelehnt wird.

Nachdem Johann Stadtverordn. Demmer seine Ausführungen gegen verschiedene Einwürfe anrecht erhalten und Stadtverordn. Hartmann bemerkt hatte, die Behauptung, daß Realsteuern in Wiesbaden seien niedrig, basiere nur darauf, daß in Wiesbaden die Grundbesitztaxen zu hoch seien,

Schließt die Generaldebatte.

Der Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort und die Versammlung vertagt um 7 Uhr 25 Min. die Spezialdebatte auf heute, Freitag, nachmittags pünktlich 4 Uhr.

Am Vorabend des Bürgerkrieges in Irland.

Aus London wird uns vom 20. März gedrahlet: Der allgemeine Eindruck der gestrigen Zensurdebatte im Unterhause ist der, daß die Lage völlig ernst geworden sei. Der Ministerpräsident ließ darüber keine Zweifel aufkommen, daß er nicht weiter nachgeben werde und daß seine letzte Konzession in der Ulsterfrage sein letztes Wort in der Sache sei. Dies geht deutlich auch aus dem ganzen Ton hervor, auf den die Rede des Ministerpräsidenten gestimmt war. Es kann nicht mehr bezweifelt werden, daß die Regierung entschlossen ist, es sogar

auf eine Revolution in Ulster ankommen zu lassen.

Als sich der Ministerpräsident niedergesetzt hatte, da sprang Sir Edward Carson erregt auf und rief: „Wenn dies das letzte Wort ist, dann haben wir nichts mehr zu tun.“ Er verließ das Haus und begab sich sofort auf den Bahnhof, um unverzüglich nach Ulster abzureisen. Auf dem Bahnhof sagte er noch zu einigen Journalisten, die ihn erwarteten: „Ich gehe jetzt zu meinen Leuten, die Sache wird ernst. Zu reden gibt es nichts mehr.“

Borna Law, der Führer der Konservativen im Unterhause, hielt eine sehr maßvolle und ruhige Rede, in der er den Ministerpräsidenten den Vorschlag machte, seine Angehörigen in der Ulsterfrage in das Home rule-Gesetz einzufügen und dann darüber das Volk in einem Referendum entscheiden zu lassen. Würde sich die Mehrheit der Nation für die Home rule entscheiden, so gäben die Konservativen die Opposition auf und hielten es auch für gerechtfertigt, wenn die Regierung mit Gewalt die Home rule in Ulster einführen wollte. — Auf diesen Vorschlag hatte Minister Asquith nur eine kurze Abweisung, die bei der Opposition große Entrüstung hervorrief.

Hier ist die Aufregung ungeheuer und in allen Wandlungen des Unterhauses verbreitete sich in später Abendstunde das Gerücht, daß bereits ein

Verhaftungsbesehl für Sir Edward Carson

erlassen worden sei. Einige oppositionelle Abgeordnete schickten nach dem Polizeipräsidenten, der ihnen jedoch Auskunft in der Angelegenheit verweigerte. — In Belfast wurde die Nachricht verbreitet, daß die Regierung gegen 26 Führer der Konservativen in Ulster Verhaftungsbesehle erlassen habe, doch soll der für Sir Edward Carson sonderbarerweise nicht darunter sein. Vorläufig will die Regierung keine Truppen von England nach Irland senden, sondern versuchen, mit den auf der grünen Insel stehenden Streitkräften eine Revolution in Ulster niederzuwerfen.

Das Unterhaus lehnte in später Nachtstunde das von Borna Law gegen die Regierung beantragte Tadelvotum mit 245 gegen 252 Stimmen ab.

Aus Belfast melden heute morgen die Korrespondenten konservativer Blätter, daß die in Irland stationierten Truppen in dieser Stadt bereits zusammengeschoben werden. Es sind dies die 3. Kavalleriebrigade, 28 Batterien Artillerie mit 168 Geschützen und 20 Bataillone Infanterie, zusammen 26 000 Mann mit 168 Geschützen. Nach einer Meldung des „Daily Express“ wird die Regierung Kaslow als Operationsbasis für den Fall des Ausbruchs einer Revolution in Ulster benützen. Endlich trifft in später Morgenstunde die Meldung ein, daß an verschiedenen Punkten von Ulster die Freiwilligen für die Ulstersache sich zu sammeln beginnen.

Ein gemeingefährliches Schreiben

hat der Pariser „Temps“ begonnen, um die deutsche Europapolitik zu verächtigen. Gestern schon wies wir auf die neue Aufschung Russlands hin, die in der Mitteilung über angebliche, auf General Liman von Sanders Rat beschlossene türkische Rüstungen gegen Russland lag; heute müssen wir einen Versuch zurückweisen, die deutsche Regierung in Oesterreich zu verächtigen. In diesem Falle arbeitet der „Temps“ wieder einmal mit dem in Petersburg erscheinenden deutschfeindlichen Verleumdungsblatt „Nowoje Wremja“ zusammen, um in Oesterreich die Meinung zu beschleichen, das Deutsche Reich warte nur auf einen bevorstehenden Zerfall der Donaumonarchie, um sich großer Teile des Nachbarreiches zu bemächtigen. Es soll sich um eine Unterredung einer hochstehenden russischen Persönlichkeit handeln. Wir erhalten über das angebliche Gespräch aus Paris folgende Drahtmeldung:

„Nachdem die betreffende Persönlichkeit von den europäischen Rüstungen gesprochen hat, deren Ende noch nicht abzusehen sei, fügt sie hinzu, daß augenblicklich keiner der europäischen Staaten, weder Deutschland noch Frankreich und Russland, an einen Krieg denke und nur rühe, um den Frieden zu sichern, und erklärt dann weiter, daß hochstehende russische Persönlichkeiten geäußert hätten, ein Bündnis zwischen Russland, Frankreich und England sei die beste Friedensgarantie. Die elab-

solirnalische Frage, dieses schwierige Hindernis, könnte nach Verwirklichung dieser Hoffnungen in Berlin (?) leicht (?) im beiderseitigen Interesse der beteiligten Parteien gelöst werden.“

Es heißt dann in dem Interview wörtlich weiter: „Es ist für niemand ein Geheimnis, daß Oesterreich nach dem Tode des großen Kaisers in Trümmern gehen wird. In diesem, für den Dreibund fatalen Augenblick könnte Deutschland die deutschen Gebiete Oesterreichs annektieren und auf die anderen Provinzen zu Gunsten seines westlichen Nachbarn verzichten. In diesem Falle würde Russland Galizien erhalten, Ungarn und Böhmen würden unabhängige Staaten, Italien, auf dem das Bündnis mit Oesterreich mehr denn je lastet, könnte neue und vorteilhafte Kompensationen erhalten. Die neue rumänische Politik zeigt, daß man sich mehr und mehr von dem Verfall der Monarchie des Hauses Habsburg Rechenschaft ablegt.“

Dieses neue Programm würde den Rüstungen mit einmal ein Ende bereiten. Eine solche Lösung könnte gewagt erscheinen, sie kommt sicher den Anträgen der diplomatischen Kanzleien entgegen, aber ich wiederhole es, eine solche neue Gruppierung der Mächte mit dem Sturz Oesterreichs ist bereits Gegenstand der Erwägungen sehr einflussreicher Personen an den Ufern der Spree und Seine gewesen. Auch in Petersburg hat man höchsten Ortes davon gesprochen.“

Trotzdem der Zweck der Uebung mit den Händen zu greifen ist, strebt zu befrachten, daß die Verdächtigungen in gewissen Kreisen Oesterreichs offene Ohren finden.

Gegen den Dreibund.

Aus Budapest meldet der Draht: Im ungarischen Abgeordnetenhaus kam es vorachtern bei der Nationalitätendebatte zu einem scharfen Angriff gegen den Dreibund. Der Abgeordnete und frühere Justizminister Possoni hielt eine Rede, in der er dem Grafen Michael Karoly den Dank der Opposition aussprach, weil dieser eine Aktion zur Bekämpfung der Dreibundpolitik eingeleitet hat. Er verlas einen Artikel der „Nowoje Wremja“, in dem ausgeführt wird, daß Russland zu Ungarn in innigere Beziehungen zu treten wünsche. Die Oppositionspartei feierte den Redner durch laute Ovationen.

Zur Geburt des braunschweigischen Thronfolgers.

Der Glückwunsch der „Nordd. Allg. Ztg.“

Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ schreibt: „Aus Braunschweig ist die frohe Kunde eingetroffen, daß Ihre Königliche Hoheit die Herzogin Viktoria Luise heute in früher Morgenstunde von einem gesunden Prinzen entbunden worden ist. Die Freude des hohen Elternpaares über das glückliche Ereignis teilen Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin von ganzem Herzen; die erhabene Mutter der jungen Herzogin weißte, wie bekannt, schon seit einiger Zeit im Braunschweiger Residenzschloß. Der Jubel im Lande, das seit 99 Jahren zum erstenmal wieder einen Erbprinzen seines Herzogshauses begrüßt, ist außerordentlich groß; verpricht doch der 18. März 1914 das ersuchte neue Aufblühen des alten deutschen Fürstentums. Weithin findet darum auch diese festliche Stimmung Anklang und Widerhall, vorab in der Hauptstadt Preußens und des Reiches. Hier gelten die Glückwünsche der gesamten Bevölkerung zugleich dem kaiserlichen Paare aus Anlaß der Geburt des sechsten Enkels, sie gelten Ernst August und der deutschen Kaiserthron, seiner erlauchten Gemahlin, sie gelten nicht minder einer schönen und gesegneten Zukunft des Neugeborenen.“

Eine Auslassung der hannoverschen Welfen.

Das offizielle Organ der hannoverschen Welfen, die „Deutsche Volkszeitung“, schreibt anlässlich der Geburt eines Thronerben in Braunschweig:

„Diese Kunde wird nicht nur im Herzogtum Braunschweig die freudigste Anteilnahme erwecken, sie läßt auch im Hannoverlande viele tausend Herzen höher schlagen. Freilich, in Braunschweig wehen die bunten Wimpel, und der Donner der Geschütze mischt sich mit dem hehren Klang der Glocken zu brausendem Jubelakkord, die dem Volke die Freudebotschaft künden: Ein neues Reich ist dem uralten Welfenstamm entsprossen, und nach menschlichem Ermessen erscheint der Bestand der Dynastie nunmehr gesichert. In Hannover fehlen die offiziellen Kundgebungen. Dennoch aber ist die Teilnahme an dem frohen Ereignis gewiß nicht geringer als in Braunschweig, wohl aber vielleicht innerlicher und mehr in die Tiefe gehend, denn welcher Hannoveraner, der noch Anspruch auf diesen Ehrennamen erhebt, empfindet nicht mit innigem Dank gegen Gott die Weihe dieser Stunde, welcher Hannoveraner freute sich nicht aus tiefstem Herzensgrunde des Glüdes der hohen Eltern und der beiderseitigen Großeltern, welcher Hannoveraner aber gedächte nicht vor allem mit ganz besonderer Wärme unseres vielgeliebten Herzogspaares, das nunmehr zu der Reihe seiner Enkel auch einen Welfensprossen zählen darf? Wohl ward der Welfen alter, einst so reich belaudeter Stamm, und so knüpfen sich an das neugeborene Kindlein im Herzogschloß zu Braunschweig eine Fülle von Hoffnungen und Wünschen, Hoffnungen für das weitere Wohlfahrt und Gedeihen der ruhmreichen welfischen Dynastie, Hoffnungen aber auch für die Zukunft unseres hannoverschen Volkes und Landes. Möge Gottes Vaterhuld ihnen gnädigst Erfüllung gewähren, möge er auch das jüngste Glied des erhabenen Welfenhauses allezeit in seinen Schirm und Schutz nehmen

und möge er es zu einem neuen Bindeglied werden lassen zwischen den beiden hohen Großelternpaaren, auf daß endlich die Zeit komme, wo Recht und Friede wieder ihren Eingang halten ins alte Sachienland und wo Welfen und Hohenzollern an der Spitze ihrer ansehnlichen Völker in treuer Bundesgenossenschaft vereint auf der Wacht stehen für des Reiches Herrlichkeit.“

Zur Frage der Reichstagsvertagung.

Die Reichsregierung ist mit der Absicht des Reichstages, sich bereits vor Himmelfahrt zu vertagen, keinesfalls einverstanden. In den nächsten Tagen will das Reichsamt des Innern den Versuch machen, diesen Beschluß rückgängig zu machen oder wenigstens dahin zu wirken, daß der Reichstag bis Himmelfahrt außer dem Etat, der Besoldungsnovelle, dem Alpenparkgesetz, dem Buchmachergesetz und der Postdampfersubventionnovelle, die nach der Ansicht der Reichsregierung unbedingt verabschiedet werden müssen, noch einige andere Vorlagen verabschiede, über die eine Einigung leicht möglich ist. Die Regierung wünscht noch die Verabschiedung des Konkurrenzankaufgesetzes, des Sonntagruhegesetzes und des Jugendberufszeitgesetzes. Im Reichstage besteht, wie wir hören, auch keine Abneigung, diese Vorlagen nach dem Abschluß der Staatsberatungen zu verabschieden, wenn die Regierung den Wünschen des Reichstags in verschiedenen Punkten entgegenzukommen bereit sei. Die Staatsberatung kann bei gutem Willen bis zum 13. Mai erledigt sein, es wäre immerhin noch möglich, daß in den sechs verbleibenden Sitzungstagen bis Himmelfahrt diese Vorlagen endgültig verabschiedet werden. Eine gewisse Schuld an der Unfruchtbarkeit der Reichstagsverhandlungen hat auch die Regierung, die eine Reihe der Vorlagen, die unbedingt bis zur Vertagung erledigt werden müssen, bis jetzt noch nicht eingebracht hat, und sie auch erst im April einbringen wird, wie das Alpenparkgesetz und das Buchmachergesetz. Wegen des Konkurrenzankaufgesetzes und des Sonntagruhegesetzes sollen die Auskünfte für eine Verständigung zurzeit besser als vor einigen Wochen sein, so daß eine schnelle Verabschiedung dieser Gesetze im Mai möglich erscheint.

Das Kompromiß zur Reichsbeamtenbefoldung.

In der gestrigen Sitzung der Budgetkommission des Reichstages wurde der seit einigen Tagen vorbereitete Kompromißantrag aller bürgerlichen Parteien zur Beamtenbefoldungsnovelle eingebracht. Dieser Antrag enthält eine Reihe von wichtigen Änderungen gegenüber der Regierungsvorlage. Zunächst soll nach ihm die Klasse 1a, die Steuermänner, Maschinenassistenten, Telegraphisten, Zeichenwärter beim Kanalbauamt, Materialienverwalter, Posten 2. Klasse, Untersteuerleute, Telegraphisten bei der Seewarte, Postunterbeamte in gehobenen Dienststellungen, Telegraphisten, Unterassistenten bei der Reichseisenbahnverwaltung, Rademeister, Lokomotivführer bei der Seeresverwaltung usw. mit einem Gehalt von 1400 bis 2100 Mark umfaßt, höher hinauf hinter die Klasse 1b rücken, und zwar mit folgenden erhöhten Gehaltsstufen: 1500, 1640, 1780, 1920, 2060, 2200 Mark. Die Bibliotheksekretärinnen kommen beim Wohnungsgeldzuschuß von der Tariffklasse 4 in die Tariffklasse 5. Die Buchführer bei den Technischen Instituten der Seeresverwaltung werden aus der Klasse 17a (1650 bis 3000 Mark) heraufgeholt in die Klasse 21 (1800 bis 3300 Mark). Die Ober-Postpraktikanten kommen aus der Klasse 36 (2500 bis 4500 Mark) hinauf in die Klasse 42 (3500 bis 5000 Mark). Die Hilfsreferenten bei den Oberpostdirektionen und die Post- und Telegrapheninspektoren (bisher Klasse 42 mit 2500 bis 5000 Mark), ferner die Vizeinspektoren bei Post- und Telegraphenämtern 1. Klasse und die Oberpostinspektoren (bisher Klasse 48 mit 3000 bis 6000 Mark Gehalt), sowie die Telegraphen-Ingenieure (bisher Klasse 52 mit 3000 bis 6600 Mark) rücken hinauf in die Klasse 57 mit 3000 bis 7200 Mark. Schließlich bestimmt der Kompromißantrag noch, daß das Besoldungsdienstatte der Post- und Telegrapheninspektoren und der Hilfsreferenten bei den Oberpostdirektionen um je drei Jahre zurückgerückt wird.

Sturm im heftigen Landtag.

Aus Darmstadt meldet die „Frankf. Zig.“: In der gestrigen Sitzung der Zweiten Kammer kam es zu unerhörten Sturmzügen. Der Leiter der Schulabteilung, Staatsrat Saffert, antwortete in einer längeren Rede auf Ausführungen des Abgeordneten Krell-Engelheim zum Fall Anna und vertrat dabei den bekannten Standpunkt der Regierung, daß es Lehrern zu verbieten sei, in Gewerkschaftsversammlungen Bildungsvorträge zu halten. In Erwiderung sozialdemokratischer Vorwürfe, daß in Schulbibliotheken Bücher über „Krieg und Kriegsgeschrei“ bezogen würden, meinte er dann, er als alter Soldat müsse sich freuen, wenn kriegerischer Geist in der Jugend gepflegt werde. Hier machte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Fulda den Zwischenruf: „Reidweidigkeit! Staatsrat Saffert parierte den Zwischenruf durch die Bemerkung: Sie, Herr Dr. Fulda, haben es, glaube ich, nur zum Gefreiten gebracht! Dr. Fulda replizierte: Sie waren nur trauriger Sommerknecht! Präsident Höfler rief Fulda zur Ordnung. Staatsrat Saffert: Ihre Belästigungen reichen nicht an meine Fußspitze! Im übrigen sehe ich in dem Vorgang eine Illustration der sozialdemokratischen Bildung. (Zwischenruf Dr. Fuldas: Unverschämter Staatsrat!)

Abg. Ulrich (Soz.): Ich bitte den Präsidenten, uns gegen die Beleidigung vom Regierungstisch zu schützen! Ich muß mir sonst selbst mein Recht verschaffen. Präsident Köhler: Sie können sich wohl vorstellen, daß die Art, wie jetzt hier verhandelt wird, dem Ansehen des Hauses nicht dient und nicht im Einklang mit der parlamentarischen Ordnung steht. Wenn Sie sich nicht mäßigen, muß ich die Sitzung schließen! Staatsrat Süffert schließt dann seine Rede mit der erneuten Versicherung, daß die Regierung ihren Standpunkt, den sie unter dem Beistand der großen Mehrheit des Hauses und auch wohl des Landes vertreten habe, auch in Zukunft behaupten werde. (Laut, stürmische Bravorufe bei der Rede, die sich um den Regierungstisch geschart hat, Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.)

Im Anschluß an diesen Vorgang gaben die Abgeordneten Dr. Osann für die nationalliberale Partei, v. Brentano für das Zentrum, Brauer für den Bauernbund und Krell-Jungelheim für die Fortschrittliche Volkspartei Erklärungen ab, in denen die Szene, die sich da abgepielt hat, bedauert wird. Abg. Ulrich (Soz.) gab eine Darlegung des Vorfalls, wonach die Erregung Dr. Fulda begreiflich erscheinen müsse. Herr Süffert habe Dr. Fulda zuerst beleidigt, da er genau gewußt habe, daß Fulda die Qualifikation zum Referenten habe. Staatsrat Süffert seinerseits betonte, daß ihm jede beleidigende Absicht ferngelegen habe. Im Verlauf dieser Erklärungen wurden Dr. Fulda und Ulrich mehrmals zur Ordnung gerufen.

Landtagsverhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

h. Berlin, 19. März 1914.

Am Ministertisch: v. Breitenbach.
Eisenbahnetat (4. Tag).

Die Besprechung wird bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben fortgesetzt.

Es werden vorwiegend lokale Wünsche erörtert. Ministerialdirektor Dörner: Von einer Neuanlage des Bahnhofs Tempelhof ist nicht die Rede, sondern nur von einer Ausgestaltung. Formell ist dieser Verschleißbahnhof bereits genehmigt.

Abg. Heins (Hosp. d. Konf.) wünscht Verbesserung der Bahnhofsanlage in Wilhelmshöhe.

Abg. Wolff - Biebrich (natl.) wünscht auf dem Bahnhofs Siedlingens-Belshelm eine Unterführung.

Abg. Wohlforth (natl.) verlangt eine Ueberdachung des Bahnhofs in Eschersheim.

Abg. Deser (fortschr. Sp.): Der neue große Bahnhof in Frankfurt a. M. genügt schon jetzt nicht mehr. Eine schnellere und bessere Verbindung mit dem Taunus wird gewünscht. Die Ostbahn hat die Stadt Frankfurt selber gebaut. Anstatt daß die Staatsbahn nun hier entgegenkommt, nimmt sie noch für jeden Wagon eine Ueberführungsgebühr von 50 Pfennig.

Minister v. Breitenbach: Wir haben noch im Vorjahre den neuen Südbahnhof in Frankfurt a. M. in Betrieb genommen, der tatsächlich für Frankfurt ein zweiter Hauptbahnhof ist. Ich kann versichern, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse Frankfurts, soweit sie mit der Eisenbahn zusammenhängen, von der Eisenbahnverwaltung stets berücksichtigt worden sind.

Hiermit schließt die Besprechung. Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben werden bewilligt. — Damit ist die zweite Lesung des Eisenbahnetats beendet.

Es folgt die

Veratung des Grundteilungsgesetzes.

Hierzu liegen verschiedene Anträge vor, darunter auch ein Konservativ.

Landwirtschaftsminister Frhr. v. Schorlemer: Der Zweck der Innenkolonisation kann nicht die Aufstellung des Großgrundbesitzes sein, sondern nur die Herbeiführung des Rechtsverhältnisses zwischen großem, mittlerem und kleinem Grundbesitz. Das vorliegende Gesetz soll die Ansiedlung von Bauern und Arbeitern erleichtern, nicht nur bei der Ackerkultur, sondern insbesondere dort, wo große Güter aufgeteilt werden. Die Entvölkerung des platten Landes, besonders im Osten, ist in der Hauptsache verschuldet durch die Industrialisierung und durch die Sucht nach besseren Arbeitsverhältnissen im Westen. Diese wollen wir nicht unterbinden, aber die Erhaltung und Ansiedlung von Bauern und Arbeitern mit allen Mitteln fördern. Die Verzerrung der Grundstückspekulation wird dazu beitragen, die teilweise ungerecht gestiegenen Grundstückspreise auf ein gesundes Maß zurückzuführen und der Mobilisierung des Grundwesens namentlich im Osten vorzugeben, sowie im Westen den bauerlichen Besitzern denselben Grund zu erhalten als bisher. Das neu eingeführte Rücktrittsrecht hat sein Vorbild im bayerischen Gütererschlagungsgesetz. In Bayern hat sich das Rücktrittsrecht bewährt. Die wirtschaftliche Teilung will das Gesetz fördern, durch die Einführung eines Verkaufrechts. Das ist für die Innenkolonisation erforderlich. Ueber die Errichtung der Rentengutbildung werde ich mich äußern, wenn der Antrag über die Innenkolonisation bearbeitet wird. Ich hoffe, daß die Kommission das Gesetz im Einvernehmen mit der Regierung zu einem brauchbaren Mittel für die Innenkolonisation, ihrer wirtschaftlichen und nationalen Ziele gestalten wird. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Aries (konf.) beantragt Ueberweisung an eine Kommission von 25 Mitgliedern. Bei der starken Abnahme der Kleinbäuerlichen Betriebe im Osten ist eine durchgreifende Regelung nötig, und der Parteihaber darf hierbei keine Rolle spielen. Die Staatskontrolle soll aber auch von nationalen Gesichtspunkten aus unterlaßt werden können. (Unruhe links.) Die Grundstückspreise haben in einigen Teilen unseres Vaterlandes eine ungesunde Höhe erreicht. Das Gesetz kann einen Druck darauf ausüben. Das Rücktrittsrecht aber bricht mit dem Grundgesetz von Treu und Glauben im Handel und Wandel und ist eine behördliche Bevormundung.

Das Haus verlegt die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Rundschau.

Zur Korkreise des Kaisers.

Während des Aufenthaltes des Kaisers in Korfu wird er auch diesmal, wie in früheren Jahren, den Besuch des Königs von Griechenland und seiner Familie erhalten. Es ist außerdem wahrscheinlich, daß der neue Fürst von Albanien die Gelegenheit benutzen wird, dem Kaiser seine Aufmerksamkeit zu machen.

Wechsel auf hohen Regierungsstellen.

Zum Chefpräsidenten der Oberrechnungskammer wurde an Stelle des am 1. April in den Ruhestand tretenden Wirklichen Geheimen Rats v. Magdeburg Unterstaats-

Mit tausend Mark

sind die Abonnenten der Ausgabe B der Wiesbadener Neueste Nachrichten nach Massgabe der aufgestellten Versicherungs-Bedingungen bei der Nürnberger Lebensversicherungsbank gegen Unfall mit Todesfolge oder nachfolgender Ganzinvalidität

kostenlos versichert!

Ist der Abonnent verheiratet, so gilt unter den gleichen Bedingungen auch seine Ehefrau sowohl für den Fall des Todes als der Ganzinvalidität als versichert, sodass bei der Unglückung eines der beiden Ehegatten

1000 Mark

und, wenn Mann und Frau gleichzeitig verunglücken, für jedes der beiden die Versicherungssumme von 1000 Mark, also insgesamt

2000 Mark

zu zahlen sind. — Die Abonnenten der Ausgabe A, die nur mit 500 Mark versichert sind, sichern sich die gleichen Vorteile, indem sie

die Ausgabe B

mit dem Witzblatt „Kochbrunnengeister“ abonnieren. — Bis jetzt sind an Hinterbliebene von Abonnenten der Wiesbadener Neueste Nachrichten

27 750 Mark

ausgezahlt worden.

sekretär Holt vom Ministerium des Innern und Regierungspräsident Drems in Köslin zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern ernannt. Der vortragende Rat in diesem Ministerium, Geh. Oberregierungsrat Freiherr v. Jedlich und Neufirth wurde zum Regierungspräsidenten der Regierung in Köslin ernannt. Zum Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts wurde der vortragende Rat im Ministerium des Innern Wirkl. Geh. Oberregierungsrat v. Herrmann ernannt.

Der Reichstag und die Kolonien.

Die gestrigen Verhandlungen des Reichstages fanden unter dem Zeichen der Kolonien. Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Südwestafrika standen zur Besprechung. Erzberger befragte sich über die Behandlung der Eingeborenen in Ostafrika und Sozialdemokrat Hoch über die Art und Weise des Diamantenvertriebes in Südwest. In zwei Reden wies Staatssekretär Dr. Solf die vorgebrachten Beschwerden zurück.

Die Regierung zur Besserstellung der Postbeamten.

Aus Berlin wird gemeldet: In der Budgetkommission gab der Reichsschatzsekretär vor der Weiterberatung der Anträge und der Kommissionsbeschlüsse betreffs der höheren Postbeamten eine Erklärung ab, daß die Regierung es ablehnen müßte, wesentlichen materiellen Änderungen des Entwurfs zuzustimmen. Das gelte von dem vorgekehrigen Beschluß über die gehobenen Unterbeamten, aber in noch höherem Maße würde der Kommissionsantrag über die höheren Postbeamten unabsehbare Folgen nach sich ziehen. Im Interesse des Zukunftsbekommens der Vorlage hat er, von so weitgehenden Anträgen abzusehen und sich mit den Verbesserungen zu begnügen, die durch die Stellenvermehrung im Etat vorgelesen seien. Der Staatssekretär des Reichspostamts schloß sich dem an.

Zum Statthalterwechsel von Elßaß-Lothringen.

Der Statthalter Graf Wedel ist nach Berlin gereist, wo er bis Sonntag verweilen und Unterredungen mit dem Reichskanzler und sehr wahrscheinlich auch mit dem Kaiser haben wird. Die Frage der Nachfolgerschaft wird hierbei geregelt werden. In Straßburger politischen Kreisen nimmt man an, daß der Rücktritt des Statthalters und die Ernennung seines Nachfolgers bereits Ende der Woche erfolgen wird.

Die sächsische Regierung gegen weitere Reichsteuern.

Aus Dresden wird gemeldet: In der sächsischen Ersten Kammer gab Finanzminister v. Sendewitz eine Erklärung ab, in der er mit Bezug auf die Reichsvermögenssteuer sagte, die sächsische Regierung werde weiteren Einriffen des Reiches in das Gebiet der direkten Steuern im Einvernehmen mit der Reichsregierung und den Bundesstaaten mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Abkürzung der österreichischen Parlamentskrisis.

Aus Wien wird gemeldet: In Abgeordnetenkreisen ist eine Aktion im Gange, um die Regierung zu veranlassen, mit Rücksicht auf das Verhältnis zu Ungarn und die Verschärfung der Staatsnotwendigkeiten die Parlamentskrisis abzukürzen und im Juni das Abgeordnetenhaus zu einer neuen kurzen Sommeression einzuberufen.

Die Ministerkrise in Frankreich.

Aus Paris wird gemeldet: In dem unter dem Vorsitz des Präsidenten Poincaré abgehaltenen Ministerrat teilte der Ministerpräsident Doumergue mit, daß der Marineminister Rouis ihm seine Demission abgegeben habe, um bei seinem Erscheinen vor der Rochette-Kommission der Kammer seine volle Aktionsfreiheit zu besitzen. Der Ministerrat nahm die Demission an. Der Kolonialminister Lebroun übernimmt interimistisch das Marineministerium.

Das Befinden des Papstes.

Wie aus Rom von vatikanischer Seite gemeldet wird, läßt das Befinden des heiligen Vaters in der letzten Zeit wieder zu wünschen übrig. Die Ärzte haben dem Papste weitgehende Schonung auferlegt. Infolge der anhaltenden Indisposition des Papstes werden die anfänglich des heutigen Jahrestages üblichen Diplomaten-Empfänge nicht stattfinden.

Ausländische Berater im albanischen Kabinett.

Aus Durazzo wird berichtet: Ministerpräsident Turhan Pascha teilte den Korrespondenten der auswärtigen Presse mit, daß jedes einzelne Ministerium einen Ge-

neralsekretär ernannt bekommen und daß für ein jedes Ministerium ein ausländischer Berater engagiert werden wird.

Die Heeresbildung in Albanien.

Wie der Korrespondent des „B. Z.“ aus zuverlässiger Quelle in Durazzo erfahren haben will, wird die albanische Regierung nach drei Monaten beginnen, die Rekruten auszuheben. Man glaubt, daß die Aushebung auf keinerlei Schwierigkeiten bei der Bevölkerung stoßen wird, da die Albaner immer willig waren, im Heimatlande zu dienen, und dies um so mehr, als die Kommandosprache und alles andere albanisch ist. Es verlautet auch, daß die Regierung sofort mit dem Bau eines weitverzweigten Straßennetzes beginnen wird.

Verfassungsrevision in Rumänien.

Die Kammer in Bukarest hat vorachtern in erster Lesung in namentlicher Abstimmung mit 100 gegen eine Stimme bei 8 Stimmenthaltungen beschlossen, den Entwurf über die Revision der Verfassung in Erwägung zu ziehen. Das Ergebnis der Abstimmung wurde mit anhaltendem Beifall aufgenommen. Der Senat hat die Antwort auf die Thronrede mit 72 gegen 5 Stimmen angenommen.

Arbeiterbewegung.

Die Aussperrung in den Waffenfabriken.

Man meldet aus Solingen: Am Mittwoch war die Kündigungsfrist der ausgesperrten Waffenarbeiter abgelaufen. Die Zahl der ausgesperrten und freitenden Arbeiter ist auf etwa 600 angewachsen. Deutsche Staatsaufträge liegen den Waffenfabriken zur Zeit nicht vor, dagegen verschiedene ausländische Aufträge. Soweit Aufträge dringend sind, werden sie mit ausländischen Hilfskräften erledigt. Die Waffenfabriken beschlossen in einer Versammlung, die Aussperrung der Arbeiter aufrechtzuerhalten. Sie waren einstimmig der Ansicht, daß an eine Aufhebung der Sperre nicht gedacht werden könne, solange die Arbeiter den Fabrikanten verwehren wollten, im Notfall Arbeiten auswärts ausführen zu lassen.

Mehr als 50 Personen ertrunken.

Aus Venedig bringt der Draht folgende Meldung: Hier kollidierte ein Torpedoboot mit einem der kleinen Dampfer, die dem Verkehr auf dem Kanal dienen, auf dem sich etwa 60 Personen befanden. Davon wurden 10 gerettet. Viele Ausländer sind ungenommen.

Ueber die Schiffskatastrophe wird weiter aus Venedig gemeldet: Donnerstag nachmittag gegen 1/6 Uhr ereignete sich hier eine große Schiffskatastrophe, bei der 50 bis 60 Personen zu Grunde gegangen sind. Ein kommunales Dampfboot kam aus Santa Elisabeta al Pido mit 80 Personen an Bord und stieß mit einem italienischen Torpedoboot zusammen, das einen Plätter und ein großes Floß schleppete. Der Zusammenstoß war ungemein heftig. Das Dampfboot wurde glatt durchschnitten und sank sofort. Sämtliche in der Kajüte befindlichen Passagiere gerieten unter Wasser. Die Mehrzahl derselben ist ertrunken. 30 bis 35 Personen wurden gerettet. Nach ihren Angaben glaubt man, daß sich noch etwa 10 Personen durch Schwimmen gerettet haben, so daß die Verlustliste 58 Personen aufweisen dürfte.

Die Unglücksstelle wurde sofort abgesperrt und in einem großen Umkreis das Wasser abgesucht. An der Rettungsdaktion beteiligten sich Taucher und auch ein österreichisch-ungarisches Schleppschiff, das mit seinen beiden Reflektoren die Unglücksstelle abendete. Die Ursache ist noch nicht festgestellt. Angeblich hat der Führer des Bootes sowie die Passagiere die Flüge eines Hydroplans beobachtet und dabei die Annäherung des Torpedobootes nicht wahrgenommen. (?)

Sofort nach dem Zusammenstoß des Torpedobootes mit dem Passagierdampfer wurde der mit nächtlichen Scheinwerfern ausgestattete österreichisch-ungarische Schlepper „Eriton“ zu Hilfe gerufen. Auch ein Boot des deutschen Kreuzers „Göben“ eilte herbei. Der Chefkommandant des Marinedepartements leitete persönlich die Rettungs- und Bergungsarbeiten. Der Torpedobootsjäger „Arrequito“ sucht mit Tauchern nach den Leichen. Es sollen nur etwa 10 Passagiere gerettet worden sein. — Nach einer weiteren Meldung handelt es sich um das Torpedoboot „56 t.“. Bis 8 Uhr abends waren sechs Leichen geborgen. Acht Personen sollen gerettet worden sein.

Aus Venedig wird soeben noch gemeldet: Um 1 Uhr nachts waren bereits über 20 Leichen geborgen. An den Rettungsarbeiten beteiligten sich auch die Mannschaften der kaiserlichen Yacht „Hohenzollern“ und des Kriegsschiffes „Göben“. Unter den Geretteten befinden sich auch zwei Berliner, ein Herr Neumann und ein Herr Karl Bolz-Schuld an dem Unglück ist der Kapitän des Dampfers „Baporetto“, der leichtsinnig dem Kurs des Torpedobootes folgte. Infolge des stürmischen Wetters hielten sich die meisten Passagiere in den Kajüten auf. Dies ist auch der Grund, weshalb so viele Personen ihr Leben einbüßten.

Aus der Stadt.

Wiesbaden, 20. März.

Des Kaisers Dank.

Dem Herrn Oberbürgermeister ist auf ein an den Kaiser gerichtetes Glückwunschtelegramm zur Geburt eines Thronfolgers in Braunschweig folgende Drahtantwort zugegangen: „Berlin, Schloß, 19. 3. 14. Meinen besten Dank für die freundlichen Glückwünsche Meiner Residenz Wiesbaden zu dem frohen Familienereignis in Braunschweig. Wilhelm R.“

Rassauer-Denkmal auf dem Schlachtfeld bei Waterloo.

In dem kommenden Jahre, in dem sich der Gedanktag der großen Entscheidungsschlacht bei Waterloo zum hundertsten Male jährt, werden sicherlich Tausende und Aber-

tausende das berühmte Schlachtfeld besuchen. Im Nassauer Lande dürfte es weniger bekannt und fast in Vergessenheit geraten sein, daß in der denkwürdigen Schlacht Nassaus Schäre die herrlichsten Proben ihrer Tapferkeit geliefert haben. Waren sie doch die unbeflegten Heldenkämpfer Verteidiger der Herme Hougomont und die Stütze Wellingtons. Alle Völkerstämme, deren Söhne den Heldentod bei Waterloo fanden, haben das Gedächtnis der Toten durch Errichtung von Denkmälern geehrt, so die Niederländer, Alpreußen, Engländer, Hannoveraner und Franzosen. Nur an die Toten aus den Weissen Nassaus Söhne und an die Tapferkeit der nassauischen Regimenter erinnert kein Gedenkstein. An der historischen Stätte soll demnächst ein würdiges schlichtes Ehrenzeichen ersehen, das allen Besuchern Kunde gibt von der ruhmreichen Beteiligung der Nassauer an der Schlacht von Waterloo. Zur Verfolgung dieses Gedankens hat sich in Wiesbaden ein Arbeitsausschuß gebildet, an dessen Spitze Herr Beigeordneter Borgmann, Herr Stadtrat Kapitänleutnant a. D. Klett, Herr Vahner, stellvertretender Archivar, und Herr Hofrat Dr. Spielmann stehen. Der Arbeitsausschuß wird in allerhöchster Zeit mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit treten und ist zurzeit mit der Bildung eines Ehrenauschusses beschäftigt.

Justizpersonalien. Der Aktuar Reist ist zum Amtsgerichtssekretär beim hiesigen Amtsgericht ernannt worden. Der Aktivist Bireg in Frankfurt ist als Amtsgerichtssekretär an das Amtsgericht in Höchst versetzt worden. Der Amtsgerichtssekretär Gemmel in Höchst wurde nach Frankfurt versetzt. Der Amtsgerichtssekretär Tennstadt in Neuwied ist als Landgerichtssekretär nach Wiesbaden versetzt worden. Amtsgerichtssekretär Hartwig in Idstein ist an das Amtsgericht in Frankfurt versetzt worden. Aktuar Hartmann in Frankfurt ist zum Amtsgerichtssekretär in Wünnen ernannt worden. Amtsgerichtssekretär Caspar in Wehen ist an das Amtsgericht in Idstein versetzt worden. Aktuar Boshuis in Diez ist als Amtsgerichtssekretär nach Wehen versetzt worden.

Bekämpfung der Blinddarmentzündungen. Die Häufung von Blinddarmentzündungen in neuerer Zeit hat zu der Anregung geführt, daß zur Bekämpfung dieser Krankheit mehr als bisher seitens des Staates und der Wissenschaft geschehen möchte. Die Medizinische Verwaltung vertritt, wie unser Berliner Mitarbeiter schreibt, den Standpunkt, daß die Blinddarmentzündung keine übertragbare Krankheit ist, wenigstens nicht insofern, als ein an Blinddarmentzündung Erkrankter die Krankheit nicht auf einen anderen zu übertragen vermag. Allerdings wird die Krankheit durch Eiterreize erzeugt und insofern ist etwas Infektiöses dabei vorhanden. Die Wissenschaft hat sich eingehend damit beschäftigt; es sind z. B. Erhebungen darüber angestellt worden, ob bestimmte Dinge, z. B. emailierte Hochgeschätze, schuld daran wären, daß die Krankheit jetzt häufiger ist als früher. Die Annahme findet aber ihre Bestätigung, daß die Krankheit jetzt nur häufiger erscheint als früher, weil ihre Diagnose eine vollkommenere geworden ist. Sie ist aber, und darauf muß besonders hingewiesen werden, auch ungefährlicher geworden, weil die Chirurgie sich in außerordentlicher Weise erhoben hat und der rechtzeitige Eingriff des Arztes zur sicheren Heilung führt.

Missionen. Das Missionsfest der Missionsvereine I und II (für Basel), das im Ev. Vereinssaale stattfand, nahm einen erhebenden Verlauf. Aus den Berichten der Vorstände dieser Vereine ging hervor, daß auch im letzten Jahre mit viel Treue und Hingabe gearbeitet worden ist. Auch konnten namhafte Beiträge für das Missionsdortheim in Basel, zur Erziehung von indischen Mädchen, für die Frauenmissionen, ärztliche Mission und die Mission in Kamerun ausgesetzt werden. Im Mittelpunkt der Feier standen die beiden gehaltenen Ansprachen von Generalintendant Ohln und Missionsinspektor Feld. Sie fanden die rechten Worte für den tiefen und ursächlichen Zusammenhang von Mission und Passion Jesu, sowohl in der Geschichte der Mission als auch im Leben des Einzelnen. „Durch Sterben geht's zum Leben.“ Zur Verschönerung des Festes trug der Vortrag von Chor- und Sologesängen bei.

Die Entführung. Vor einigen Tagen erschienen in verschiedenen Blättern, u. a. auch in unserer Zeitung, verschiedene Erklärungen. Darin teilte zunächst Prof. Dr. Arthur Voethling (Karlsruhe) mit, daß Fräulein Ilse v. Harde, die Tochter eines Mannheimer Rechtsanwalts, ihres Vermögens beraubt und entführt worden sei. Fräulein v. Harde antwortete in einer Gegenerklärung, daß die Angaben Prof. Voethlings, ihres Oheim, unwahr seien und daß sie gegen ihn Klagen werde. Eine Meldung aus Mannheim wußte zu berichten, daß der Entführer im politischen Leben Bayerns eine Rolle spiele und angeblich auch Mitglied der bayerischen Kammer sei. Wie sich nunmehr herausstellt, handelt es sich hierbei um die Persönlichkeit des Weinanbauers Reich aus Neustadt a. d. S. Herr Reich gibt heute über die Angelegenheit in den „Wiesbadener Neuesten Nachrichten“ folgenden Aufschluß: „Ich lebe seit 1890 mit der Familie v. Harde in Geschäftsverbindung. Herr v. Harde, der früher ein reicher Mann war, handelte schließlich mit einigen Millionen in meiner Schuld. Ich übernahm dann von Herrn v. Harde einen großen argentinischen Besitz, der damals verhältnismäßig wertlos war, aber jetzt einen außerordentlichen Wert repräsentiert. Im Hinblick auf diese Versteigerung ersucht mich nun Herr v. Harde, ihm doch aus diesem argentinischen Besitz einen Anteil zu überlassen. Ich habe mich dazu bereit erklärt, wenn der bereits früher anerkannte Schuldbetrag an mich nicht weiter angezweifelt und wenn die Abtretung eines Anteils an den argentinischen Besitz als völlig freiwillig betrachtet werde. Zu gleicher Zeit mit dieser Angelegenheit schweben seit zwei Jahren die Verhandlungen über die Lösung sämtlicher Harde-Abreschscher Angelegenheiten. Auch Frä. Ilse v. Harde, die mit ihrer Geschäftspartnerin viel auf Reisen und sehr geschäftsgewandt ist und ihre eigenen Angelegenheiten selbst zu verwalten pflegt, war mit ihrem Vermögen an der Transaktion beteiligt. Sie befindet sich zurzeit in Neustadt als Gast unter dem Schutze meiner Schwester. Sie hat deshalb sofort, als sie Kenntnis von dem Interzesse ihres Onkels erhielt, durch ihren Rechtsanwalt in Mannheim eine Gegenerklärung abgeben lassen. Herr Alexander v. Harde, der, da er sein früheres großes Vermögen verloren hat, von mir aber bisher immer die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt bekam, betrieb die Lösung der geschäftlichen Frage mit bestreifter Eile.“ — Diese Darstellung des Herrn Reich bedeutet keine völlige Klarlegung der gesamten Angelegenheit. Es bleibt abzuwarten, was die andere interessierte Seite darauf zu erwidern hat. Abg. Abresch, der seit 45. Lebensjahre lebt, gehört dem bayrischen Landtag seit dem Jahre 1907 an. Er bezeichnet sich selbst als fraktionslos.

Eine eigenartige Operation. Im Zoologischen Garten in Frankfurt hatte kürzlich das große Krokodil das Wech, den langen Oberkiefer vollständig zu ersetzen. Um das sehr wertvolle Tier dem Leben zu erhalten, griff man zu einer eigenartigen Operation. Der Zahnarzt Fritz Kränkel mußte dem Reptil ein vollständig neues Gebiß in genauer Nachbildung des gebrochenen Kiefers und in möglichst gleichem Gewicht aus Aluminium anfertigen. Der Versuch gelang vollständig. Das falsche Gebiß wiegt 51 Gramm, das echte 53 Gramm. Bis jetzt hat das Krokodil den Metallkiefer ohne jede Störung bei der Nahrungsaufnahme gebraucht. Eigenartig an der ganzen Sache ist jedoch der Umstand, daß das Gebiß bei dem raschen Wachstum des Tieres mit jedem Jahr erneuert und vergrößert werden muß.

Jeder neu hinzutretende Abonnent erhält, soweit der Vorrat reicht, unsere beiden broschierten Romane: „Mag auch die Liebe weinen“ und „Der Sturz von der Höhe“ sowie die „Wiesbadener Neueste Nachrichten“ bis Ende des Monats März vollständig kostenlos!

halten, griff man zu einer eigenartigen Operation. Der Zahnarzt Fritz Kränkel mußte dem Reptil ein vollständig neues Gebiß in genauer Nachbildung des gebrochenen Kiefers und in möglichst gleichem Gewicht aus Aluminium anfertigen. Der Versuch gelang vollständig. Das falsche Gebiß wiegt 51 Gramm, das echte 53 Gramm. Bis jetzt hat das Krokodil den Metallkiefer ohne jede Störung bei der Nahrungsaufnahme gebraucht. Eigenartig an der ganzen Sache ist jedoch der Umstand, daß das Gebiß bei dem raschen Wachstum des Tieres mit jedem Jahr erneuert und vergrößert werden muß.

Von der Bäderbahn. Für die zu Tal fahrenden Züge der Bäderbahn Homburg-Wiesbaden und zwischen den Stationen Nibelheim und Höchst an dem Niederwäldchen anschließend an das Hauptgleis wird zur Zeit eine zweite Gleislänge, ein sogenanntes humples Gleis, in einer bedeutenden Länge angelegt, um erforderlichenfalls eine Ausweichung oder Ueberholung eines Zuges vornehmen zu können. Es ist beabsichtigt, auch an der zu Berg abehenden Bahnstrecke dieser Linie diese Erneuerung einzuführen.

Die Preise der Lebensmittel und der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bis zum 14. März. die unsere Leser im Anzeigenteil dieser Nummer finden, weisen nur unbedeutende Veränderungen gegenüber der Vorwoche auf. Der Frühlingsnaht — wer es in der Natur nicht beobachten kann, werfe einen Blick in den Hühnerstall, wo schon gar manche fleißige Glucke auf den Eiern brütet. Die reichlichere Eierernte hat deren Preis herabgedrückt, wenn es sich auch vorläufig nur um 1 Pfennig handelt. Auf der anderen Seite gibt man die Hühner nicht mehr gern ab, braucht man sie doch dort, wo noch keine Brutmaschine angebracht ist oder eine solche nicht genügend ausgenutzt werden kann, zum Brüten; dies kommt in einem kleinen Aufschlag auf den Preis der Hühner zum Ausdruck. Das gleiche gilt von den Tauben. Die Kartoffeln und das Gemüse stehen fast unverändert im Preise. Von den Früchten sind die Schleien ein paar Groschen billiger, doch was nützt das den weiteren Bevölkerungskreisen? Mit 3 M. 20 Pf. bis 3 M. 60 Pf. für das Alilo werden sie noch laune sein Volksnahrungsmittel. Dafür halten wir uns weiter an den Bratenschinken, der wieder mit 50 bis 70 Pf. für das Alilo zu haben ist. Schweinemasgen kann man an einigen Stellen die billigste Sorte für 1.80 M. kaufen, gegen die Vorwoche ein Abschlag von 20 Pf. Dafür verlangt man aber jetzt überall für Fleischwurst mindestens 2 M., ein Aufschlag in gleicher Höhe. Das nötige Brot hierzu kostet nach wie vor dasselbe, wogegen in hartem Acker ein Aufschlag von 2 bis 4 Pf. eingetreten ist. Wer die billige Stelle für Schweinefleisch aufkündet, braucht dort 10 Pf. weniger zu zahlen, als in der Vorwoche. Eigentümlich berührt die Festhaltung noch, daß jetzt, wo es wärmer wird, die billige Stelle für Steintohlen-Hausbrand 10 Pf. mehr verlangen soll, und ebenso für Britetts 5 Pf. mehr. Oder sollten hier die Vorräte der Reize entgegangen sein?

Schwindler. Ein im vorigen Jahre aus der Heil- und Pflegeanstalt Herborn entlassener Geisteskranker treibt sich in der letzten Zeit hier und in der Umgegend herum und verübt Schwindelereien. Er begibt sich zu den Angehörigen von in der Heil- und Pflegeanstalt untergebrachten Geisteskranken, stellt sich dort als Oberpfleger Sauer vor und richtet angebliche Bittgesuchen aus. Auf diese Weise gelang es ihm, sich verschiedene Male Geldbeträge zu erschwindeln. Es sei daher vor diesem Schwindler gewarnt.

Kurhaus, Theater, Vereine, Vorträge usw.
Königliche Schauspiele. Am heutigen Freitagabend gelangt Gerhart Hauptmanns jüngste dramatische Arbeit „Der Bogen des Odysseus“ zur Erstaufführung. Den „Odysseus“ spielt Herr Everth. In den übrigen Hauptrollen sind die Damen Barhammer, Carlson, Gauby und die Herren Albert, Lehmann, Mehlhoff, Rodius, Schneeweiß, Schwab, Kollin beschäftigt. Die Regie führt Herr Regal. — Am 3. April wird Schillers „Wilhelm Tell“ wieder in den Spielplan aufgenommen und danach beginnen die Vorbereitungen für das fünfaktige Schauspiel „Der einsame Weg“ von Arthur Schnitzler.

Aus den Vororten.
Wiebrich. Versetzt. Der auf Station Wiebrich-Ost bedienstete zweite Vorsteher Herr Karlmeyer ist ab 1. April nach Schierstein versetzt worden.
Schierstein. Lehrerversammlung. Der Lehrerverein „Reinblick“ hielt am Samstag im „Kaiser Friedrich“ eine Versammlung ab, auf welcher u. a. Lehrer Peter-Dohheim einen interessanten Vortrag über „Rohmähler und seine Bedeutung“ hielt. Als Delegierte für die Hauptversammlung, die Diern in Wiebrich stattfindet, wurden gewählt die Herren Kaiser-Dohheim und Nady-Schierstein.

Dohheim. Ueberschwemmungen. Durch die anhaltende nasse Witterung mit schweren Regenschauern ist das Grundwasser so hoch gestiegen, daß es in den meist tief gelegenen Straßen in die Keller eingedrungen ist, dort Ueberschwemmungen und damit Schäden angerichtet hat.
Arbeitsnachweis. Auf der hiesigen Polizei liegt, um den Arbeitswilligen das Stellensuchen zu erleichtern, von heute an das Dienstags, Donnerstags und Samstags erscheinende Blatt: „Der deutsche Arbeitsmarkt“, Zentralarbeitsnachweisblatt für das Deutsche Reich, zur Einsicht offen. Außerdem ist auch im Rathaus, in den Wirtschaften und in der hiesigen Zeitungsredaktion das Verzeichnis der öffentlichen Arbeitsvermittlungstellen, Stg. Frankfurt, ausgehängt.
Sonnenberg. Bei den Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung wurden gewählt in der 3. Abteilung Landwirt Karl Philipp Wagner mit 152 und Steinbrecher Karl Win-

termeyer mit 153 Stimmen. Die Gegenkandidaten der Arbeiterpartei erhielten je 99 Stimmen. — In der zweiten und ersten Abteilung waren Gegenkandidaten überhaupt nicht aufgestellt. Es wurden gewählt: Stüttdirektor Adolf Schmidhener und Landwirt Karl Christian Pfeiffer mit je 50 Stimmen, in der ersten Abteilung erhielten Oberstabsarzt Dr. Guester und Rentner Franz Semmler je 12 Stimmen.

Pflichtfeuerwehr. Die Liste über die zur Pflichtfeuerwehr gehörigen männlichen Personen des hiesigen Gemeindebezirks liegt zur Zeit aus. Feuerwehrpflichtig sind diejenigen Personen, welche in den Jahren 1879 bis 1889 einschließlich geboren sind. Gesuche um Ablösung von der Feuerwehrpflicht sind schon jetzt einzureichen, damit Befreiungen wegen Verarmnis der Uebungen vermieden werden.

Nassau und Nachbargebiete.

- b. Nordenstadt, 19. März.** Beisammel. Die Bauernhofreite der verstorbenen Pempel'schen Eheleute ist für 12 000 M. an Herrn Heint. Meß übergegangen.
- o. Krausbach, 18. März.** Beisammel. — Arbeiterjubelium. Unter großer Beteiligung fand heute die Beerdigung des verstorbenen Stadtrechners a. D. und Schiedsmanns Rudolf Schmidt statt. Die Stadt, die Gemeindevorstände und noch viele andere Korporationen legten Kränze am Grabe nieder. — Der Arbeiter Peter Klein von Dahlheim kann dieser Tage sein fünfundsiebenzigjähriges Arbeitsjubiläum auf der Blei- und Silberhütte feiern.
- h. Limburg, 18. März.** Weichenlandung. — Stiktuna. Heute früh beobachtete man in Willmar eine vorüberziehende weibliche Leiche, die später in Staffel gelandet wurde. Bei näherer Besichtigung fand man am Halse Strangulationsmerkmale. Das Gesicht der unbedeckten Leiche war vollständig unkenntlich. — Zur Weiterausgestaltung der prächtigen Anlagen am Schloßberg listete der Inhaber der Großirma Trombeta, Herr Heinrich Trombeta, dem Verschönerungsverein 10 000 Mark.
- a. Frankfurt, 19. März.** Zwölfstündige Verspätung des Orientexpresszuges. Mit zwölfstündiger Verspätung traf gestern nachmittags der nach 3.38 Uhr fällige Orientexpresszug im Hauptbahnhof ein. Durch Zusammenstoß des Zuges mit einem Güterzug in Belgien war die Verspätung entstanden. Reisende wurden bei dem Unfall nur leicht verletzt, während ein Eisenbahner getötet und einer schwer verletzt wurde. — Ueber die Entgleisung meldet uns ein Telegramm aus Nachen, 18. März: Gestern Abend gegen 10 Uhr entgleiste auf belgischem Gebiet der Orient-Expresszug Ostende-Bien. Er fuhr in der Nähe der Station Dolheim unmittelbar vor dem Tunnel in die Trümmer eines dort verunfallten Güterzuges hinein. Der Expresszug fuhr zufälligerweise an dieser Stelle sehr langsam und so wurde ein schweres Unglück verhindert. Er traf mit 12-stündiger Verspätung in Nachen ein.
- T. Bingen, 18. März.** Der Bau an der Eisenbahnstrecke Sarmshelm-Rüdesheim wird trotz der Ungunst der Witterung eifrig gefördert. Von der Eisenbahnverwaltung wurde namentlich das nötige Gelände aufgekauft. Dabei wurden in Odenheim für den Quadratmeter Acker 1 Mark und für den Quadratmeter Weinbergsgelände 1.50 Mark angelegt.
- T. Bingerbrück, 18. März.** Lebensmüde. Ein etwa 25jähriger Bergwerksarbeiter hat sich in der letzten Nacht in Waldalgesheim in der Kantine der Braunkohlengrube „Amalienhöhe“ erschossen. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Selbstmörder Franz Keller heißt und aus Frankfurt a. M. stammt.

Wiesbadener Sportzeitung.

Pferdesport.

Das neue Totalisator-Gesetz.
Das neue Totalisator-Gesetz soll heute veröffentlicht werden. Es ergibt nach dem Veranschlag einen Ertrag von 80 Millionen Mark. Davon sollen 15 Millionen Mark an die Reichskasse fließen und zur Deckung der aus der Besoldungsnovelle und der Aufbesserung der Altpensionäre entstehenden Mehrkosten verwendet werden. Die anderen 15 Millionen Mark sind für die Bundesstaaten bestimmt, in denen Rennbetriebe bestehen. Sie sollen hier zur Hebung der Landespferdezucht dienen.

- Anteil, 19. März.** (Privattelegr.) Prix Revenge. 3000 Fr. 3100 Meter. 1. A. Weil-Ricards Raton II (Gamsfuss); 2. Continental; 3. Mont Moran. 12 Liefen. Tot. 29:10; Pl. 15, 23, 25:10. — Prix de Madrid. 8000 Fr. 4500 Meter. 1. Ch. Vénaris Geoff II (Head); 2. Valéria. 8 Liefen. Tot. 14:10. — Prix de Forchfontaine. 10 000 Fr. 3600 Meter. 1. G. Lepetit Loxz Eued (Powers); 2. Ex Abrupto; 3. Rantborpe. 5 Liefen. Tot. 36:10; Pl. 21, 39:10. — Prix Grandmaster. 4000 Fr. 3800 Meter. 1. Comte Th. d'Orfetta Serpenteau (Cancaister); 2. La Willeterre; 3. Duche. 9 Liefen. Tot. 81:10; Pl. 19, 20, 21:10. — Prix Nanville. 4000 Fr. 3500 Meter. 1. James Hennessy Clopotar (Hawfuss); 2. Epiflon; 3. Siva II. 8 Liefen. Tot. 79:10; Pl. 29, 23:10. — Prix Argure. 4000 Fr. 3100 Meter. 1. T. V. Thornes Pretendante (Berard); 2. Gendre de Chéne; 3. Monifran. 4 Liefen. Tot. 18:10; Pl. 10, 12:10.

Fußball, Hockey u. Athletik.

Wiesbadener Fufballwettkämpfe. Auf dem Sportplatz an der Frankfurter Straße finden am Sonntag zwei weitere Spiele um den Pokal statt. Um 2.45 Uhr spielt die erste Mannschaft des Fufballclubs Rheingold Schierstein gegen die zweite Mannschaft des Sportvereins Wiesbaden unter der Leitung des Herrn Schiedsrichters Müller (Wiebrich). Um 4.30 Uhr treffen sich dann die ersten Mannschaften des Wiesbadener Sportclubs und des Fufballsportvereins Dohheim. Schiedsrichter ist hier Herr Kraus (Wiesbaden).

Wassersport.

Der Weltrekord für Motorboote geschlagen. Auf der Seine bei Paris stellte der bekannte französische Motorboot-Konstrukteur Despujols mit einem neuen für Monaco bestimmten Gleitboot einen neuen Weltrekord auf, indem er über eine mehrmals abgefahrene Strecke von 500 Meter eine durchschnittliche Stundengeschwindigkeit von annähernd 117 Kilometer erzielte.

Luftschiffahrt.

Dänemarksflug. Für den in der Zeit vom 20. bis 25. Juni stattfindenden Dänemarksflug hat jetzt die Gruppe des Deutschen Luftfahrer-Verbandes die Ausschreibung fertiggestellt. Zugelassen werden nur deutsche Flugzeugführer mit deutschen Apparaten. Zivil- und Offiziersflieger konkurrieren gemeinsam um die ausgeschriebenen Geldpreise. Die Veranstalter haben sich hier also dem Vorhaben derjenigen Vereine angeschlossen, die in diesem Jahre auch beim Prinz-Georgsflug Geldpreise für Militärfieger aussetzten. Der Flug beginnt am 21. Juni in Breslau, die erste Etappe führt über Frankenstein, Pleschitz, Görlitz, Glogau und Lissa nach Posen (800 Km.). Die zweite Etappe, die für den 23. Juni angesetzt ist, geht von Posen über Hohenjatzka, Thorn, Bromberg und Kulm nach Graudenz, wo eine halbtägige Zwangswinterlandung vorgesehen ist, bevor der Flug über Deutsch-Eulau, Allenstein, Gumbinnen und Insterburg nach Königsberg i. Pr. fortgesetzt wird (400 Km.). Die dritte Etappe wird bereits am 24. Juni geflogen; sie geht von Königsberg über Tilsit, von da abermals über Abnissberg, Bronauberg, Elbina, Dirschau, Preußisch-Stargard nach Danzig, wo sich eine Auffklärungsübung anschließt. An Preisen stehen 70 000 M. zur Verfügung. Sämtliche Flüge werden mit einem Begleiter auszuführen sein. Gemeldet wird im wesentlichen die Flugzeit, jedoch unter Berücksichtigung der Belastung der Flugzeuge. Die sechs Hauptpreise betragen 16 000 M., 10 000 M., 7 000 M., 5 000 M., 4 000 M. und 3 000 M. Ferner werden 6000 M. unter alle beteiligten Flieger verteilt.

London, 20. März. Gestern ist abermals ein Offizier der englischen Fliegerabteilung mit seinem Apparat tödlich verunglückt. Der Unfall ereignete sich in der Nähe von Salisbury bei Upton. Der Offizier des abgeklärten Flugzeuges ist der Leutnant Trevelyan, der erst seit einiger Zeit im Fliegen Unterricht nahm. Er benutzte bei seinem gestrigen Flug eine Parman-Maschine und hatte nachmittags bereits 2 oder 3 wohlgelungene Flüge ausgeführt, bei denen sich jedesmal ein Fliegerlehrer an Bord des Flugzeuges befand. Als er gegen Abend noch einmal zu einem Flug aufstieg, erreichte er auch bald eine Höhe von 1000 Fuß. Beim Abstieg geriet aber die Maschine in zwei hohe Bäume und überstürzte sich. Der Offizier stürzte aus einer Höhe von 50 Fuß auf die Erde herab und wurde auf der Stelle getötet.

Verchiedenes.

Alpenvereiner. Die zweite diesjährige Wanderung findet am Sonntag, 22. März, statt. Abfahrt 8 Uhr 10 Min. nach Eltsville. Von dort beginnt die Wanderung das Salsbachtal hinauf nach den Dreiborn-Öföfen. Von hier weiter nach Hausen v. d. B. Nach einer kurzen Frühstundstrafe geht es weiter nach der Hallgarter Fänge zur Kafferaut. Der Abstieg erfolgt durch das obere Kiffelbachtal nach Erbach zu einem gemeinsamen Essen im Gasthaus zum Engel. Gesamtmarzzeit 6 1/2 Stunden.

Letzte Drahtnachrichten.

Von einem prinzipialen Wogen überfahren.

Der Draht meldet aus Berlin: Der Wagen des Prinzen Karol von Rumänien überfuhr in sehr schnellem Tempo gestern in der Nauenerstraße einen Mann, der schwer verletzt liegen blieb. Der Prinz ließ den Verunglückten nach dem köstlichen Krankenhaus schaffen, wo dieser noch beknüppelungslos darniederliegt.

Grubenunglück.

Aus Essen wird gemeldet: Auf Zeche „Glück auf Segen“ wurden 2 Bergleute von hereinbrechenden Kohlenmassen verdrückt. Der eine war sofort tot, der andere wurde nach 8 Stunden befreit, sein Zustand ist derart, daß er kaum mit dem Leben davonkommen dürfte.

Bahnanruhen.

Aus St. Denis meldet der Draht: Die Wahlkampagne hat hier schwere Unruhen zu Folge gehabt. Es kam zu schweren Zusammenstößen, in denen zahlreiche Personen getötet und verwundet wurden. Die beiden Kammern der Landwirtschaft und des Handels haben die französische Regierung telegraphisch um Entsendung von Truppen gebeten, damit die Ruhe in der Stadt wiederhergestellt werden kann.

Das Ende einer Fürstinenehe.

Aus Stockholm meldet der Draht: Im Staatsrat ist die Ehe des Prinzen Wilhelm von Schweden mit der Großfürstin Maria Pawlowna für gelöst erklärt worden.

9200 Fische vermisst.

Aus Odessa wird gemeldet: Einem hier eingegangenen Radiotelegramm zufolge sind von 10 000 Kraschauer Fischern, die einen Tag vor dem großen Zyklon ins Meer ausliefen, wie durch ein Wunder 800 von ihnen glücklich ge-

landet. Das Schicksal der übrigen 9200 ist unbekannt. Die Zahl der auf Kischnewsker Landzunge Ertrunkenen ist auf 3200 festgesetzt.

Handel und Industrie.

Preise der Lebensmittel und landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu Wiesbaden bis zum 14. März 1914.

Table with multiple columns listing prices for various goods such as Butter, Eier, Käse, Mehl, and Fleisch. Includes sub-sections like 'Buttermittel bei Händlern', 'Getreide im Kleinhandel', and 'Kolonialwaren i. Kleinhandel'.

Börsen und Banken.

Gegen die heftigste Belastung des Grundbesitzes und Grundbesitzerverkehrs wendet sich auch der Geschäftsbericht der Rheinischen Hypothekendarlehbank Mannheim. Das Jahr 1913 ist für dieses Institut laut Bericht günstig verlaufen, jedoch bei reichlichen Rücklagen wiederum eine Dividende von 9 Prozent verteilt werden kann.

Der Bericht weist darauf hin, daß die in früheren Berichten wiederholt betonten bedenklichen Wirkungen, welche die fortwährend steigenden steuerlichen und politischen Belastungen des Erwerbs und des Besitzes von Grundstücken und Häusern sowie des Bauwesens ausüben müssen, auf dem Grundstücks-, Bau- und Hypothekensmarkt immer schärfer hervortreten. Wirkliche Verbesserung kann nur durch Entlastung des Grundbesitzes und Grundstücks- und Hypothekerverkehrs von diesen Lasten erreicht werden.

Die Bankverwaltung schlägt vor, den Kapitalreservofonds durch Umweisung von 600 000 M. auf 13 000 000 M., ferner den Pfandbriefversicherungsfonds um 500 000 M., auf 6 000 000 M. zu erhöhen, jedoch die als Unterlage für den Pfandbriefumlauf dienenden Reservofonds (Kapitalreservofonds und Pfandbriefversicherungsfonds) zusammen die Höhe von 19 000 000 M. gleich 70,40 Prozent des Aktienkapitals erreichen. Außerdem sollen aus dem Vortrag des Jahres 1912 126 000 M. zur Abführung auf Bankgebäudekonto und 25 000 M. zur Verstärkung des Hypothekensicherheitsreservofonds verwendet werden.

Marktberichte.

Wiesbaden, 19. März. Fruchtmarkt. Hafer: höchster Preis 8,50 M., niedrigster 8,20 M., Durchschnittspreis 8,40 M.; Gerste: höchster Preis 3,50 M., niedrigster 2,80 M., Durchschnittspreis 3,21 M.; Roggen: höchster Preis 2 M., niedrigster 2 M., Durchschnittspreis 2 M.; Weizen: höchster Preis 2 M., niedrigster 2 M., Durchschnittspreis 2 M.

Markt; alles für 50 Kilo. Angefahren waren 3 Wagen Hafer, 9 Wagen Gerste und 4 Wagen Stroh. Frankfurt, 19. März. Schlachtviehmarkt. Aufgetrieben waren 41 Ochsen, 1 Bulle, 68 Ferkeln und 186 Schweine. Preise für den Zentner feinste Rind- (Vollm.)-Rindfleisch 88-95 M., Schlachtgewicht 88-95 M., mittlere Rind- und gute Saugfäher Lebendgewicht 88-95 M., Schlachtgewicht 88-95 M., geringere Saugfäher Lebendgewicht 88-95 M., Schlachtgewicht 88-95 M., sowie Lebendgewicht 48-51 M., Schlachtgewicht 81-88 M., Rindfleisch und jüngere Masthammel Lebendgewicht 40-41 M., Schlachtgewicht 88-90 M., ältere Masthammel und gut genährte Schafe Lebendgewicht 34-36 M., Schlachtgewicht 88 bis 88 M., Ferkelschweine über 3 Zentner Lebendgewicht 49 bis 52 M., Schlachtgewicht 63-64 M., vollfleischige Schweine über 2 1/2 Zentner Lebendgewicht 48-50 M., Schlachtgewicht 62-64 M., vollfleischige Schweine über 2 Zentner Lebendgewicht 49-51 M., Schlachtgewicht 62-64 M. - Marktverlauf: rege, ausverkauft.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse.

Table listing market prices for various commodities like wheat, rye, and flour. Includes sub-sections like 'Weizen, vösl. neu', 'Roggen, nordb.', and 'Mehl im Großhandel'.

Wetterbericht.

Advertisement for E. Knaus & Co. featuring a barometer image and text: 'Wetterbericht. E. Knaus & Co. jetzt Langgasse 31 u. Taunusstr. 15 Spezial-Institut f. Optik'. Includes weather details for Wiesbaden and forecasts for the 21st of March.

Ein wahres Wort für alle vom Sport!

Zur Kräftigung der Muskeln und Erzeugung gesunden Blutes verhilft der tägliche Genuß des adäquaten

Kasseler Hafer-Kakao

(Nur echt in blauen Kartons für 1 Mark, niemals losel)



Wotan Draht-Lampe

mit gezogenem Leuchtdraht

Erhältlich bei den Elektrizitätswerken und Installateuren.

Wenn edle Herzen bluten

Roman von Fr. Lehne

(I. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)
„So lasse doch endlich dein dummes Zwischenreden, Ernst“, fuhr Annemarie sie heftig an. „Du mit deinem langweiligen Affektor!“
Ernst schwieg darauf; denn sie wußte, daß die Mutter freizügig zu Annemarie hielt und — wenn diese etwa drohen sollte, zwischen ihr und Ernst zu wählen — sie als die Jüngere nur den kürzeren ziehen würde.

euren Beratungen so ziemlich fertig seid, auch einige Worte erlauben.“
„Bitte — ich bin ganz Ohr!“
Annemarie lehnte sich nachlässig zurück und spielte mit dem Brillantfingerring an ihrer Uhrkette; sie ahnte ungefähr, was kommen würde. „Also bitte — mache es aber möglichst kurz und schmerzlos.“
Da klopfte es; das zierliche Stubenmädchen trat ein und meldete: Frau Markhoff ist am Telefon und wünscht eine der Damen zu sprechen.“
„Diese ewige Himmelsel von Harriet! Keinen Augenblick hat man Ruhe!“ sagte die Kommerziantin ungehalten. „Ich gehe nicht!“
Da erhob sich Sophia und ging hinaus.
„Hier Sophia — bist du da, Harriet?“
„Ja. Ist mein Mann vielleicht bei euch?“
„Nein, er wird jedenfalls noch im Kontor sein; Papa ist auch noch nicht da.“
„Welche Rücksichtslosigkeit von Bob! Ich warte seit halb sieben. Im Kontor ist er nicht mehr; ich habe schon zweimal angefragt. Er hat es wohl ganz vergessen, daß er mit mir ins Imperial wollte — ich siehe schon eine Ewigkeit angezogen da.“
An dem Tonfall der Sprecherin hörte Sophia, wie ärgerlich diese sein mußte. Sie dachte: Gut, dann braucht er wenigstens nicht zu warten, bis du deine Toilette beendet hast!
„Daß du keine Ahnung, Sophia, wo er ist? Allein kann ich doch nicht fahren, da ich die Eintrittskarten nicht habe und nicht einmal weiß, welche Loge.“
„Du weißt es auch nicht, Harriet. Robert wird geschäftliche Abhaltung bekommen haben. Wie ich höre, sind Einkäufer da.“
„Er braucht aber nicht so rücksichtslos zu sein; kann es mich wenigstens wissen lassen!“
„Daß du mir sonst noch etwas zu sagen, Harriet? Nicht? Gute Nacht!“
Sophia hängte den Hörer an, da sie keine Lust hatte, durch das Telefon die Empörung der Schwägerin anzuhören.
Sie unvernünftig, diese Frau! — Sie schüttelte den Kopf und ging wieder in das Zimmer. Sie hörte gerade, wie Annemarie sagte:
„Nein, ich habe doch lieber Crepe de Chine genommen, der Stoff ist so schmiegsam und weich — die nächste Woche ist das Kleid fertig — als Taillenschmuck kommt eine wunderschöne Perlengarnitur; sie schimmert wie matte Opale; ich finde sie nicht so aufdringlich wie Gold — Frau Haupt-

mann Endow, die geborene Erbach — du weißt, Mama, aus Klein-Watow — hatte neulich eine Garnitur auf ihre Toilette, einfach schönlich, sage ich dir; die Frau hat nicht ein bißchen Geschmack.“
„Aha, also vom Volk wieder eine neue Toilette!“ dachte Sophia unmutig. „Natürlich muß Papa die bezahlen!“
„Was wollte denn Harriet?“ fragte neugierig die Kommerziantin.
„Sie vermutete Bob bei uns; sie war ungehalten, daß er noch nicht zu Hause war, da sie ins Imperialtheater wollen.“
„So? Natürlich! Harriet muß jedes Programm gleich am ersten Abend sehen. Die Komario Guerrero ist für diesen Monat engagiert. Sie hat mir nichts gesagt, und ich war doch erst heute Vormittag bei ihr!“ ereiferte sich Anne. „Aber so ist sie immer, so heimlich! — Als ob wir nicht hätten zusammen gehen können.“
Das Stubenmädchen unterbrach durch erneuten Eintritt den Redefluß der jungen Frau.
„Frau Markhoff bittet Frau Kommerziantin ans Telefon.“
Stöhnend erhob sich diese schwerfällig aus der Sopha, um nach wenigen Minuten entrückt wiederzukommen.
„Ich muß dich sehr bitten, Sophia, doch etwas rücksichtsvoller gegen Harriet zu sein! Sie hat sich bitter über dich beklagt.“
„Ah, also diesmal über mich! Wahrscheinlich, weil ich ziemlich kurz war.“
„Du hast sie durch deine Ungezogenheit verärgert, und sie erwartet deshalb deine Entschuldigung! Ich muß auch sagen, Sophia, deine Rücksichtslosigkeit überreizt alle Grenzen. Du wirst Harriet morgen um Verzeihung bitten.“
„Ich denke nicht daran, Mama!“ entgegnete Sophia ruhig. „Wenn einer rücksichtslos behandelt hat, ist Harriet es! Oder ist es etwa tattvoll, durch das Telefon auf den eigenen Mann zu schelten? Ich wollte ihr weitere Unberücksichtigungen ersparen.“
„Ich finde, Sophia hat recht!“ meinte Annemarie. „Harriet ist so von sich eingenommen und denkt, jeder muß ihr, wie es ihr paßt, zur Verfügung stehen. Also, um wieder auf unser Gespräch zurückzukommen — Erna kann ruhig das Taillkleid anziehen.“
„Ah, aber Phia will es erst ändern. Ich sage dir, Anne, sie arbeitet jetzt eine Bluse — bildschön — viel hübscher als deine neue Spitzenbluse.“
„Interessiert neigte sich Annemarie vor. „Ah, kann ich sie sehen? Du bist ja so geschickt, Sophia; dir steht auch

Berliner Börse, 19. März 1914

Table with multiple columns listing stock prices for various companies and indices. Includes sections for Eisenbahn-Stamm-Aktien, Industrie-Aktien, and various bonds.

DRESDNER BANK

Advertisement for Dresdner Bank, Aktien-Kapital und Reserven Mk. 261.000.000.—, featuring the bank name in large letters and contact information.

alles — bei deiner Figur kein Wunder — du hast ja die richtige Gelbfärbung.

Mit Reid blickte die junge Frau von der schlaut und tadellos gewachsenen Gestalt der Schwester auf die ihrige, die für ihre geringe Größe schon zu rundlich war.

„Arno sagt, deine Figur ist auch das einzig Hübsche an dir, die reißt dich heraus.“

„Arno muß es ja wissen! Danke dir für das Kompliment und für deine schweherliche Offenheit.“

„Nun ja, ich mache aus meinem Herzen keine Mördergrube.“

„Na, weißt du, Annemarie, Arno kann sich nur um seine Frau kümmern,“ erwiderte sich Erni, „und wenn die vielleicht denkt, sie ist hübscher als unsere Sophia, so ist sie sehr im Irrtum! Unsere Sophia ist die Schönste in der Familie — garriet kann sich auch nicht mit ihr vergleichen. Solche Augen und solches Haar hat keiner von uns! Freilich, wenn ihr euch so viele falsche Kodex aufsteckt, euch pudert und schminkt und wer weiß wie zusammenschürt, da ist's keine Kunst, nach etwas auszusehen! Und weil Sophia eben gar nichts aus sich macht, weil sie das verächtlich, da denkt ihr...“

Sophia legte ihr die feine, schmale Hand vor den Mund. „Still doch, Kleines! Willst mich wohl gar eitel machen auf meine alten Tage? Darüber wollen wir doch kein Wort verlieren.“

Sie hatte das Mienenspiel Annemaries genau beobachtet, der Aerger auf dem hübschen Gesicht der jungen Frau war deutlich zu sehen, und Sophia fürchtete eine Entladung des schweherlichen Bornes; denn nichts konnte Erni mehr in Mut bringen, als wenn die Schönheit und Eleganz anderer auf ihre Kosten gelobt wurde.

„Ich hab' aber doch recht,“ beharrte Erni. „Denke es immerhin, Kleines, das macht dir niemand freitig! Und jetzt bist du hübsch folgsam und gehst auf dein Zimmer, da ich mit Mama verschiedene zu besprechen habe. Und dein Tüllkleid werde ich dir auch ändern — ganz nach deinem Geschmack. Also geh jetzt, Maus! So, Auf —“

„Du hast aber Erni wirklich eine Nacht, die man bewundern muß,“ sagte Annemarie spöttisch, als die jüngere Schwester ohne Widerrede hinausgegangen war. „Gegen uns benimmt sie sich wie der ungezogenste Backfisch.“

„Du vergißt so oft, Annemarie, daß Erni kein Kind mehr ist, sondern ein erwachsener, wenn auch noch unfertiger Mensch. Und gerade mit siebzehn Jahren ist man in diesem Punkt so empfindlich — man will an den Großen gerechnet werden.“

„Also, bitte, Sophia, was hast du auf dem Herzen?“ unterbrach die Kommerzrätin ihre Tochter. „Es muß ja ganz etwas Besonderes sein, weil du Erni hinausgeschickt hast.“ Dabei warf sie einen bedeutungsvollen Blick auf Annemarie, den diese mit einem Kopfnicken erwiderte — beide schienen zu ahnen, was nun kommen würde.

Sophia ging im Zimmer auf und ab und blickte sinnend vor sich hin, wie um nach einem passenden Anfang zu suchen für das, was sie sagen wollte — einmal mußte sie sich ausdrücken und befreien von dem, was sie bedrückte.

„Buerst, Mama und Annemarie, möchte ich euch bitten, mich ruhig reden zu lassen und nicht empfindlich oder einknickend zu tun.“

„Der Einleitung nach können wir uns ja auf eine richtige Predigt gefaßt machen! Also schreib los.“

„Ich bitte dich, Annemarie, derartige Bemerkungen zu unterlassen, und das, was ich sage, ernst zu nehmen. Vor allem die Frage — ist der Fall unbedingt nötig?“

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Einen Dampfer in Grund geböhrt.

Aus Brüssel meldet der Draht: In Antwerpen ist ein drahtloses Telegramm eingetroffen, wonach der deutsche Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ gestern Nacht in 53 Grad nördlicher Breite und 4 Grad westlicher Länge einen unbekanntem Dampfer angerannt und in den Grund geböhrt hat. „Kaiser Wilhelm der Große“ suchte vergeblich nach der Mannschaft des untergegangenen Schiffes. Er mußte deshalb unverrichteter Sache seinen Weg fortsetzen.

Kurze Nachrichten.

Caruso in Newyork. Die Metropolitan Opera in Newyork hat, einem Drahtbericht zufolge, mit Enrico Caruso für die Spielzeit 1914 einen Kontrakt zum Abschluss gebracht, nach dem Caruso das höchste Gehalt erhält, das bisher einem Opernsänger gezahlt wurde. Caruso wird für die Dauer der Spielzeit an jedem Abend, an dem er auftritt, dreitausend Dollar erhalten. Die Direktion des Theaters hofft bei der Beliebtheit, die der Sänger in Newyork genießt, keine Schwierigkeiten zu haben, das Theater trotz der erhöhten Eintrittspreise zu füllen.

Die Epidemie in Trentin. Die noch nicht erkannte Epidemie in der Provinz Trentin hat, wie der „Messagero“ meldet, bereits 17 Todesopfer gefordert. Die Ursache des Auftretens der Seuche ist noch nicht ermittelt. Um die verheerenden Gegenden in ein Militärfeld zu versetzen, um die weitere Ausbreitung der Epidemie zu verhindern.

Selbstmord eines Bankdirektors. Der Direktor der Olmützer Creditbank, Louis Voem, hat sich heute nacht erschossen. Die Ursache des Selbstmordes ist in finanziellen Schwierigkeiten zu suchen. In der letzten Zeit hatte Voem als Leiter der Creditbank verschiedene Differenzen mit der braunereiberechtigten Bürgerchaft von Olmütz, deren Verbindung die Olmützer Creditbank war. Auch der Selbstmord eines größeren Kunden der Bank, der vor kurzem erfolgte, soll dem Direktor große Aufregung verursacht haben. Die Differenzen sollen sich angeblich auf drei Millionen Kronen belaufen.

Schönheit! Dr. Kuhns Creme, Bional, 250, 150, Bional-Seife 80, 50, vorz. Franz Kuhn, Kronen-Parf., Nürnberg. Hier: in Apotheken, Drogerien u. Parfüm. 61/1

Nach dem Diner

erwarten Ihre Gäste mit Bestimmtheit, daß ihnen eine mild duftige **Salem Gold** oder eine würzige aromatische **Salem Aleikum** Cigarette präsentiert wird.

Salem Gold
(Goldmundstück, oval)

Salem Aleikum
(Hohlmundstück, rund)

Preis Nr. 3 4 5 6 8 10
3/4 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stck. *Echt mit Firma:*

Orient-Tabak- u. Cigaretten-Fabrik Venidze, Dresden. Inh. Hugo Kietz Hoflieferant S.M. d. Königs von Sachsen.

Trustfrei!

Der Ochse und die Kuh liefern das Butterfett dazu. Die Kokospalme miß das Gleiche mit der Nuss.

Siegerin
allerfeinste Süßrahm-Margarine
im Geschmack und Aroma der Molkereibutter am nächsten.

Palmato
Pflanzenbutter-Margarine
von größter Butterähnlichkeit und feinstem Nußgeschmack.

Überall erhältlich.

Alleinige Fabrikanten: A. L. Mohr G. m. b. H., Altona-Bahrenfeld.

Großer Schuhverkauf!

Welt- und Einzelpaare für Herren, Damen und Kinder, darunter mehrere hundert Paar, welche sich für Konfirmanden u. Kommunikanten sehr gut eignen, werden **Neugasse 22,** sehr billig verkauft.

Schul-Cheviot
bewährte Qualitäten
:: in 110 cm breit ::

Mk. 1.90 Mk. 2.40 Mk. 2.75

J. Hertz
Langgasse 20.

Möbel auf Kredit!

Meine Riesenumsätze ermöglichen es mir, ganz besondere Vorteile zu bieten.

Möbel
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen.

Einzelmöbel, Betten, Teppiche, Dekorationen.
Riesige Auswahl. Billige Preise.

Unerreicht günstige Zahlungsbedingungen.
Neueste 188/1

Herren- u. Damen-Konfektion
in selten gebotener schöner Auswahl.

S. Buchdahl
Wiesbaden, 4 Rärensteasse 4.

Zur Bekämpfung von Haarausfall, Schuppen, Jucken der Kopfhaut verwenden Sie nur

DEHAWA

Die Kopfnerven werden nicht gereizt, sondern nur die Haarpapillen mild zu neuer Tätigkeit angeregt. Wöchentlich 2-3 mal sanft in die Kopfhaut einreiben, daher sehr sparsam im Verbrauch. Dehawa.

HAARNÄHRSTOFF

bildet ein Schutzmittel gegen Haarkrankheiten, die sich durch vernachlässigten Haarausfall einstellen können. Das Haar wird seidenweich und glänzend.

Jede Flasche enthält neuesten Spritzverschluss. Dehawa ist ärztlich ausprobiert und empfohlen.

Preis p. Fl. M. 2.— u. 4.—

Depots:
Drog. Otto Siebert, am Schloss. Drog. Machenheimer, Bismarckring 1.
Drog. W. Graefe, Webergasse. Viktoria-Apothek, Rheinstraße 45.
Drogerie Bruno Backs, Taunusstraße 5.

Amor-Brikets
aus reinem Kiefernähnehl hergestellt,
beißer und billiger Ersatz für Bündel- u. Anzündholz

:: brennen sofort an, ::
entwickeln große Hitze,
verursachen keine gesundheitsschädlichen Gase und hinterlassen keine Rückstände.

Preis 1.60 den Zentner in Säcken frei Keller geliefert.
Alleinverkauf:

Rohlen-Verkauf-Gesellschaft
629 mit beschränkter Haftung. 3560
Hauptkontor Bahnhofsstr. 2. Tel. Nr. 545 u. 775.

Syphilitiker!

Aussehen **erregende Entzündungen über 275 Todesfälle** durch Anwendung des im Katalog so viel versprochenen Professor Ehrlich's Salvarsan (Chlorsalvarsan 606) macht der bekannte Berliner Patholog-Dr. med. Dreum. Wer sich näher hierüber orientieren will, verlange kostenlos ohne jede Verpflichtung hochinteressante Broschüre in verschlossenem Anvert ohne Aufdruck durch **Dr. med. H. Seemann G. m. b. H.** in Sommerfeld (Sachsen). Da der Broschüre haben Sie auch Beantwortung der Fragen: „Ist Salvarsan in kürzester Zeit ohne Rückfall ohne Berufshilfe, ohne Einschränkung, ohne Quecksilber (Schmierles), ohne sonstigen Giftte heilbar?“ „Ist es eine absolut unschädliche überall anwendbar durchführbare Kur?“

Plakate
in jeder Ausführung liefert schnell und preiswürdig
Wiesbadener Verlags-Anstalt
Nikolastr. 11. Mauritiusstr. 12.

in Apotheken 50 Pf u. Drogerien

Schnupfen
CRÈME DÉHNÉ
das Beste

Grosser Serien-Verkauf in Schuhwaren

über 1600 Paar Schuhe und Stiefel

für Damen und Herren **bedeutend unterm Einkauf**
verkaufe ich in meinen untenstehenden Filialen.

Serie I
95 Pfg.
Darunter Leder-Stiefel
früherer Verkauf bis
Mk. 7.50

Serie II
Mk. **1⁹⁵**

Serie III
Mk. **2⁹⁵**

Serie IV
Mk. **3⁹⁵**

Serie V
Mk. **4⁹⁵**

Serie VI
Mk. **5⁹⁵**

Darunter erstklassige Fabrikate, neue moderne Waren, Goodyear Welt 15⁰⁰ und höher.
früherer Verkaufspreis bis Mk. 15⁰⁰ und höher.

Nie wiederkehrende Gelegenheit!!!

Wiesbaden
Wellritzstrasse 32

R. Altschüler

Mainz
Schusterstr. 49 Grosse Bleiche 16
31,3

Königliche Schauspiele.

Freitag, 20. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Samstag, 21. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Sonntag, 22. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Montag, 23. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Dienstag, 24. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Mittwoch, 25. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Donnerstag, 26. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Freitag, 27. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Sonntag, 29. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Montag, 30. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Dienstag, 31. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Mittwoch, 1. April, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Donnerstag, 2. April, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Königliche Schauspiele.

Freitag, 20. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Sonntag, 22. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Montag, 23. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Dienstag, 24. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Mittwoch, 25. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Donnerstag, 26. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Freitag, 27. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Sonntag, 29. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Montag, 30. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Dienstag, 31. März, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Mittwoch, 1. April, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Donnerstag, 2. April, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Freitag, 3. April, abends 7 Uhr:
Die Postkammer. — Abonnement A.
Zum ersten Male:

Der Vögel des Odyseus.
Dramatische Dichtung in 3 Akten
von Gerhart Hauptmann.

In Szene gesetzt von Herrn Regal.
Hauptrollen: Herr Gerhart
Telemach Herr Albert
Laertes Herr Hermann
Antinoos Herr Schwab
Amphinomos Herr Schneewitz
Kleippos Herr Hofmann
Karpagos Herr Rodius
(Die Preise)

Männergesang-Verein „Concordia.“

Sonntag, 22. März, abends 8 Uhr
im „Kasino“, Friedrichstrasse:

III. Konzert - Liedertafel

unter gütiger Mitwirkung des Kgl. Hof-Schauspielers Herrn B. Herrmann,
Wir laden unsere verehrl. Mitglieder
und die Inhaber von Gastkarten hierzu
ergerben ein.
122/1 Der Vorstand.

Israelitische Kultusgemeinde.

Zu der am Sonntag, den 22. März, vormittags 9 Uhr
und Sonnabend, den 28. März, nachmittags 3 Uhr statt-
findenden

Prüfung in der Religionschule

(Schulberg 12) werden die verehrlichen Gemeindeglieder
höflichst eingeladen.

Dr. Kober,
Stadt- und Bezirksrabbiner.

Zeitungs-Makulatur

wird verkauft.

Wiesbadener Verlagsanstalt

G. m. b. H.
Nikolasstrasse 11.

Ämtliche Anzeigen

Am 6. April 1914, vormittags 10 1/2 Uhr, wird an Gerichts-
stelle, Zimmer Nr. 61, das Wohnhaus mit Vorraum hier, Kleine
Schwalbacher Straße Nr. 8, 1 Ar 55 Quadratmeter und 61 000 M
wert, zwangsweise versteigert.
Wiesbaden, den 17. März 1914.
Königliches Amtsgericht, Abteilung 9.

Ergänzungsabwahlen zur Gemeindevorstellung.
Bei den am 16. und 17. März ds. Jds. stattfindenden Ergä-
nungsabwahlen zur Gemeindevorstellung wurden erwählt in der
1. Abteilung: Landwirt Karl Wilhelm Wagner, Steinbrecher
Karl Wintermeyer.
2. Abteilung: Hüttendirektor a. D. Adolf Schmittbener,
Landwirt Karl Christian Pfeiler.
1. Abteilung: Oberstaatsanwalt a. D. Dr. Duester, Rentner
Franz Semler.
Dies wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit
dem Hinweis, daß Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahlen
innerhalb zwei Wochen nach Bekanntmachung des Wahlergeb-
nisses gemäß § 34 der Landgemeindeordnung beim unterzeich-
neten Gemeindevorstand anzubringen sind.
11/5
Sonnabend, den 19. März 1914.
Der Gemeindevorstand: Buschelt.

Israelitische Kultus- gemeinde.

Synagoge: Michelsberg.

Gottesdienst i. d. Hauptsynagoge:
Freitag, abends 6.30 Uhr
Sabbath, morgens 9.00 Uhr
" nachm. 3.00 Uhr
" abends 7.25 Uhr
Gottesdienst im Gemeindefaal:
Wochentage, morgens 7.15 Uhr
abends 6.30 Uhr

Die Gemeindebibliothek ist
geöffnet Sonntag vorm. von
11 bis 12 Uhr, Dienstag abends
von 6 bis 8 Uhr.

Alt-Israelitische Kultus-
gemeinde.
Synagoge: Friedrichstraße 33.
Freitag, abends 6.15 Uhr
Sabbath, morgens 8.15 Uhr

Sabbath Vortrag 10.30 Uhr
" Jugendgottesdienst
" nachm. 2.15 Uhr
" abends 3.00 Uhr
" abends 7.25 Uhr
Wochentage:
morgens 7.00 Uhr
abends 6.00 Uhr

Talmud Thora-Verein
Wiesbaden, Kerstr. 16.
Sabbath-Eingang 6.15 Uhr
" morgens 8.30 Uhr
" Musaf 9.30 Uhr
" Mincha 6.00 Uhr
" Ausgang 7.25 Uhr
Wochentags:
morgens 7.00 Uhr
Mincha u. Schur 6.00 Uhr
Maarit 7.30 Uhr

Beränderungen im Familienstand Wiesbaden.

Gestorben:
Am 15. März: Hausdienter Walter Strangfeld, 24 J. — Am 16. März:
Chefran Amalie Stacht, geb. Garbe, 66 J. Aufwärtlerin Christine Müller,
72 J. Maurer Karl Martin, 24 J. — Am 17. März: Gehilfen Albrecht Klent,
44 J. Chefran Magdalena Bendeck, geb. Lohm, 31 J. Chefran Maria
Kaltmann, geb. Riemer, 36 J.

„Burg Rheinfels“, Hellmunde straße 6.

Morgen Samstag: **Metzelsuppe.**
Carl Happ.

Mainzer Hof, Moritzstr. 34.

Morgen Samstag: **Metzelsuppe**
wom freundlichkeit einladet Philipp Theis.

Metzgerei Anton Sieser.

Metzpreise:
Rindfleisch zum Kochen nur 60
sowie Hüfte u. Roastbeef nur 60
Schweinefleisch zum Braten 75
Kammstück nur 80
Kotelett nur 90
Als Spezialität: Hausmacher Leberwurst

Wurstpreise:
Leberwurst 40
Blutwurst 48
Steinwurst 60
Metzwurst 80
Pfefferspiz 70
Prekopsf 80
Pfefferspiz 70

Nur 17 Bleichstrasse 17.

29 Bleichstraße 29.

Rindfleisch, ohne Unterschied der Stücke a Pfund nur 60
Kalbfleisch, alle Stücke a Pfund nur 75
Schweinebraten, mager a Pfund nur 75
Kammstück a Pfund nur 80
Kotelett, geschnitten a Pfund nur 90
Leber- und Blutwurst a Pfund nur 40
Breite Blutwurst a Pfund nur 60
Metzwurst a Pf. nur 65. Pfefferspiz a Pfund nur 70
Als Spezialität: Hausmacher Leberwurst a Pfund nur 60

Metzgerei Adam Schmitt,

29 Bleichstraße 29.

Metzgerei Hirsch, 61 Schwalbacher Straße 61,

jedes Pf. Rindfleisch nur 60 Pf. mager Dörrfleisch Pf. 60 Pf.
Hüfte u. Roastbeef Pf. 60 Pf. stets frisch, Kalbfleisch Pf. 60 Pf.
Kalbfleisch Pf. 70-75 Pf. geräuch. Pfefferspiz Pf. 80 Pf.
ausw. mag. Schweinebr. Pf. 75 Pf. Rett- u. Metzwurst Pf. 70 Pf.
ausw. mag. Bauchfleisch Pf. 70 Pf. Leber- u. Blutwurst Pf. 40 Pf.

Freibant, Samstag, 21. März 1914, morgens 8 Uhr, wird
minderwert. Fleisch von 1 Rind zu 60, 1 Kuh zu 30, 2 Schweinen
zu 50 A verkauft. Fleischhändler, Metzger, Wurstbereiter ist der
Erwerb von Freibantfleisch verboten, Salzw. u. Rotgeb. nur mit
Genehmigung der Polizeibehörde gestattet.
128/3 Stadt, Schlacht- und Viehhof-Verwaltung.

Verpackungen

von Einzel-Sendungen
Porzellan, Glas, Hausat.
Bilder, Spiegel, Figuren,
Lüster, Kunstgegenst.
Klaviers, Instrumente,
Fahrräder, leb. Tiere etc.

L. Rettenmayer

Wiesbaden

Abholung :: Versendung :: Versicherung
Leihkästen für Pianos, Flügel, Hunde etc.

Prima Qualitäten.

Billige Preise.

Kohlen-Konsum

„Glück auf“

Carl Ernst

2 Am Römertor 2

Prompte und sorgfältige
Bedienung.

Telefon 6581. Telefon 6581.

3194